

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die schlaggehaltene Kolonne
 je vier oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleins Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1500.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 8. Juli 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Eine neue Landarbeiter-Enquete.

Der ungeheuer erweiterte Abstand zwischen dem starken Arbeitsbedarf in der Saison und der schwachen Arbeitsnachfrage in der toten Zeit hat in den Nebenländern die Wanderarbeit mehr und mehr geradezu zur Grundlage der ganzen Arbeitsverfassung gemacht, während die Zahl der ständigen Arbeiter, besonders auch in der maschinellen Fortschritt, zurückgeht. Die eingeborenen Arbeiter, deren Zahl zur Vorkriegszeit und Entzweit nicht entfernt ausreicht, sind im Winter oft in Massen überzählig. Häufig schleppt jedoch der Werbe-Agent soviel fremde Arbeiter und Arbeiterinnen heran, daß selbst in der guten Zeit die alten heimischen Arbeiter beschäftigungslos bleiben. So wird aus dem Kreis Kalbe mitgeteilt, daß Frauen und Kinder, auf deren Verdienst stark gerechnet werde, nur schwer Arbeit finden konnten, weil so viele Polenmädchen engagiert waren, die natürlich den Vorrang haben. Ähnliches wird auch aus anderen Kreisen berichtet. Von manchen Gütern werden, wie die Berichte erkennen lassen, Sachfänger bezogen nicht aus Mangel an lokalen Arbeitskräften, sondern lediglich ihrer größeren Billigkeit wegen, die ihrerseits wieder der materielle Ausdruck ist für die Differenz, die hinsichtlich der geistigen Entwicklung sowie der Lebenshaltung zwischen dem Arbeiter des Ostens und dem des Westens besteht. Auch Güter, die keinen Nebenbau oder solchen nur in ganz geringem Umfang betreiben, bedienen sich der Sachfänger aus dem eben angeführten Grunde.

In verhängnisvoller Wirkung und Wechselwirkung steigern sich so gegenseitig die beiden bekannnten Erscheinungen: das Wegstreben der alten Arbeiterfamilien vom Lande und aus der Landwirtschaft fort, das dadurch abermals verstärkte Heranziehen fremder Elemente, zunächst für die paar Saisonmonate, später zuweilen auch für längere Zeit, und dadurch das abermalige verstärkte Hinwegbringen der einheimischen Arbeiter in die Städte und nach anderen Bezirken. Wo Hausindustrien, Nebenarbeiten in den Forsten, den Vergewerben über die stille Zeit hinweghelfen, ist die Abwanderung noch schwächer. Wo dieses Hinderungsmitel fehlt, zeigt sich auch hier — in den Gebieten des stärksten landwirtschaftlichen Arbeitsbedarfes in ganz Deutschland! — mitunter eine wahre Landflucht. Natürlich über auch die höheren städtischen Löhne ihre Anziehungskraft aus. Die Arbeiter — heißt es aus dem Kreise Delitzsch — haben das Bestreben, ihre Kinder aus der Gegend fortzubringen, weil hier zu wenig Verdienst ist. Nur gezwungen schicken sie ihre Kinder auf das Rittergut, weil sie sonst womöglich einfallen werden und nicht wissen als ansässige Leute, wohin. Manchmal soll auch die Abneigung gegen die oft rohen, zugewanderten Arbeiter eine so große sein, daß die Eltern ihre Kinder deshalb schon zur Gutsarbeit nicht hergeben wollen, weshalb den großen Gütern die Beschaffung des notwendigen Gesindes meist schwerer wird als den bäuerlichen Wirtschaften, die noch keine Wanderarbeiter beschäftigen.

Der Rückgang der Eigenproduktion von pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln und der Natural-Lohnbezüge erklärt es auch, warum trotz der oft beträchtlichen Steigerung der Geldlöhne die physische Lebenshaltung der Arbeiter doch in vielen Beziehungen eine wesentlich kümmerlichere geworden. Das Geld geht für früher nicht gekannte Bedürfnisse, auch des Staates und der Gemeinde, darauf, und an den jetzt teurer einzukaufenden Lebensmitteln wird abdamals in früher ungelannter Weise geknappt und gespart. Wenig und selten Fleisch, wenig Milch, Eier, Butter und Käse — das ist heute meist das Bild der Ernährung in den Arbeiterdörfern. Selbst das Brot tritt gegen die Kartoffel weit zurück. Das Fett und der Rübenjast ersetzt Butter und Käse, der Kaffee die Milch und die Mehlsuppe, und auch der „Kaffee“ ist meist Eichorie, Kamelröhre oder geröstetes Getreide. Der Fleischkonsum beschränkt sich im wesentlichen auf das, was eingeschleppt worden ist, gewöhnlich ein Schwein, seltener zwei. Reiches Fleisch wird nach den Verichten nur an Sonn- und Festtagen, in vielen Verichtsbezirken überhaupt nur an Festtagen und zur Kirme, und auch dann nur in sehr geringen Quantitäten gekauft.

Da das Einkommen des Mannes nur ausnahmsweise zum Unterhalt der Familie ausreicht und die bittere Notwendigkeit dazu treibt, so ist die Frau zur Lohnarbeit gezwungen, in besonders starkem Maße die Ackerfrau (vielfach als Scharwerkerin), während die einen großen Teil des Jahres durch die eigene Wirtschaft in Anspruch genommenen Frauen der Händler und Kleinzelnerbesteller nur in der Ernte als Tagelöhnerinnen oder Accordarbeiterinnen außerhalb der eigenen Wirtschaft Verwendung suchen. Auch die Kinder „fast aller Landarbeiter“ werden auf Tagelohn geschickt, vorzüglich zum Rübenziehen, in der Heu-, Getreide- und Kartoffelernte. Veltene Anaben werden gegen Gewährung der Kost und einen geringen Verlohn auch als Hütejungen verwendet. Die Kinderarbeit mag hier nicht liberal die körperlichen Schäden nach sich ziehen wie in den Werkstätten und Städten. Aber die Klagen der Lehrer sind um so lauter; und die Vernachlässigung der Hauswirtschaft infolge der Frauarbeit, ohne jeden Ersatz durch andere Haushilfe, wird natürlich auch hier wie anderwärts beobachtet.

Patriarchalische Beziehungen, im guten Sinne des Wortes, haben auf den großen Gütern, bei denen der geldwirtschaftliche Charakter am schärfsten ausgeprägt ist, ganz aufgehört, es sei denn, daß man das einer einseitigen Vertrauenshaftkeit entspringende, auch älteren Leuten gegenüber angewandte „Du“ und die nach vielen Verichten noch immer vorkommenden Beziehungen namentlich von Gutbesitzern und Inspektoren zu den Mädchen und Frauen dazu rechnen wollte. Der Ton in der Behandlung der Arbeiter läßt häufig noch sehr zu wünschen übrig.

Ganz anders wie in den Nebenländern liegen die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse in den Märkten der Elbe und Weser und der nordischen Küste, sowie in der Gegend Salzwedel, Havelburg und Hannover. Trotzdem ergeht sich auch der Arbeit Dr. Grunenbergs, daß auch hier alle idyllisch-patriarchalischen Beziehungen zwischen den feudalen Großgrundbesitzern und der „Frauenode“ Holsteins und den geldstolzen Bauern aus den anderen Bezirken einerseits und den Arbeitern andererseits längst erloschen sind — wenn sie überhaupt je bestanden haben. Die Verhältnisse liegen hier weniger gleichartig, weshalb auch eine kurze einheitliche Zusammenfassung aller Ergebnisse der fleißigen Grunen-

bergischen Schrift schwierig ist. Aber einige Thatsachen dürfen wir wohl als allgemeiner gültig hervorheben.

Die Eigenproduktion der Arbeiter ist in diesem Beobachtungsgebiet meist noch beträchtlicher, wie in den vorhin geschilderten mitteldeutschen Distrikten.

Die Frauenarbeit tritt mehr zurück; allerdings die Kinderarbeit, besonders durch die starke Viehhaltung auf den Weiden, verleiht noch mehr in den Vordergrund. Charakteristisch ist dabei auch, daß das Kind bereits vielfach von den Eltern getrennt und beim Bauer einquartiert wird. Die Wanderarbeit tritt zwar gegen Mitteldeutschland zurück, ihre stetige Zunahme wird jedoch konstatiert.

Das Essen beim Markthändler ist häufig überaus kräftig — wofür indes, infolge der für die Kost gemachten Lohnabzüge, die Angehörigen zu Hause sparen und sich geradezu Entbehnungen auferlegen müssen. Aber schon beim Großhändler der Geist wird die Beköstigung eine einfachere. Bei den Großgrundbesitzern wird die Kost sparsam abgemessen, „sowohl Butter als Brot wird den Arbeitern angewogen, auch werden nicht gerade die besten Rohprodukte zur Beköstigung der Arbeiter verwendet.“ Die eigene Beköstigung des Arbeiters ist vollends dürftig. Nudeln, Kartoffeln und Roggenbrot bilden selbst in den Märkten vornehmlich das Nahrungsmittel; die Ernährungsweise der Arbeiter ist eine sehr dürftige, oft geradezu unzureichende, während die Hofküche sehr gut leben.

Das die Wohnungen der Landarbeiter anbetrifft, so hat die Enquete darüber ein berührendes Bild entrollt. Dasselbe entspricht, wie im einzelnen dargelegt ist, nicht den Postulaten der Humanität und Sittlichkeit. Die Ursache liegt in der durchgehends beschränkten Wohnung und den mit Familien überfüllten Wohngebäuden. Die Zahlen beweisen, daß die Belastung der Wohnungsgebäude in den Gutsbezirken und in den Gemeinden, wo der Kapitalismus der Landwirtschaft den früheren Charakter genommen hat, in hohem Maße und vielfach stärker statfindet, als selbst in den Städten.

Auf die zahlenmäßigen und anderen Einzelheiten der beiden Arbeiten — über Verteilung, Bevölkerungsbewegung, Löhne, Arbeitsverfassung, Wohnungsbedürftigkeit, aber sonstige wirtschaftliche Verhältnisse, über die vorherrschenden geistigen und sittlichen Zustände — können wir uns hier nicht weiter einlassen. Vorläufig machen wir nur auf diese neue Fundgrube von Thatsachenmaterial aufmerksam, die vielleicht allen Fragen der sozialpolitischen Entwicklung neue Seiten abgemessen läßt, die jedoch zur Befestigung und Nachprüfung bestrittener alter Wahrheiten überaus wertvoll ist.

Wägen die angelegentlichsten weiteren Veröffentlichungen nicht allzu lange auf sich warten lassen. Schon die bisherige Verzögerung ist nicht vorteilhaft für den Eindruck, den die Enquete auf die öffentliche Meinung in Deutschland haben kann und haben sollte.

—ms.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juli.

Die Demonstration in Wien.

Zudem die Wiener Polizei gewalthätig gegen die Demonstration der Arbeiter vorgeht, hat sie sich zum Bundesgenossen der Luegerschen Gaunerkunst gemacht. Die Demonstration sollte die Empörung der Wiener Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen gegen die Wahlrechts-„Reform“ des antisemitischen Oberbürgermeisters, durch welche die Arbeiter dauernd von jedem Einfluß auf die Verwaltung der Hauptstadt, die ihrer Arbeit Reichtum und Entwicklung verdankt, ausgeschlossen werden sollen. Schon ist die schändliche Wahlvorlage von dem antisemitisch verpöbelten Landtage Nieder-Oesterreichs beschlossen und es fehlt nur noch die kaiserliche Sanction der Vorlage, über deren Ungerechtigkeit selbst das sehr gemäßigte Wiener „Fremdenblatt“ jüngst schrieb:

„Es hat sich wieder einmal gezeigt, welcher Irrtum es ist, ein Wahlrecht schaffen zu wollen, dessen leitender Gedanke ein ausschließlich parteimäßiger ist. Ein solches Gesetz widerspricht dem Wesen des Parlamentarismus selbst. Lebensfähige Wahlreformen können logischerweise nur durch das Zusammenwirken von Parteien zu Stande kommen, niemals aber dadurch, daß eine von ihnen allein übrigen ihren Willen auferlegt und das Vertretungsprinzip für ihre Sonderzwecke zurecht zu räumen will. Eine Majorität ist immer auf solchem Wege, wenn sie das Gebiet, über das sie zeitweilig ihren Einfluß ausübt, als erobertes Land zu behandeln sucht, und sie liefert damit einen Beweis nicht nur von Mangel an Rechtsinn, sondern auch von Mangel an Selbstvertrauen und politischer Einsicht. Unser niederösterreichischer Landtag ist in diesen Fehler verfallen, als er die Wahlreform für den Wiener Gemeinderat beschloß, und er darf sich nicht darüber wundern, daß die gegenwärtige Minderheit, die er auf diese Weise zum beständigen Unterliegen verurteilen wollte, sich dagegen wehrt. Es gibt ja andere Mittel, mit denen eine Partei die Dauer ihrer Herrschaft verlängern kann: gute Wirtschaft und gute Politik. Statt ihrer das Mittel eines schlechten Wahlsystems anzuwenden wollen, ist immer verdächtig und immer bedenklich.“

Gegen diese schmachtvolle Missethat erheben die ihres Rechtes bewußten Arbeiter Wiens leidenschaftlichen Protest. Und als der „schöne Karl“ es unternahm, die Arbeiter, die für ihr Menschenrecht gegen brutale Vergewaltigung stritten, büßlich zu beschimpfen, gingen sie auf die Straße, um ihren ersten Entschluß zu bekräften, nimmermehr den Gewaltstreich der Lueger und Strobach zu ertragen. Die Polizei kam den Herren von Wien zu Hilfe und suchte das friedlich und würdig auftretende Massenangebot des Proletariats zu zersprengen. Wir haben schon gestern mitgeteilt, wie brutal die Polizei vorgeht, wir ergänzen unsere Schilderung durch eine Nachricht des „V. L.“:

„Es war ein furchtbares Aufgebot von Polizei da; berittene Wache patrouillierten in den Reitalleen und standen in großen

Gruppen in den Seitengassen, den Fuß im Stielhaken. Es regnete von Anfang an, doch schon um 1/2 11 Uhr in Strömen. Unentwegt marschierten die Tausende auf der Ringstraße zwischen dem Ringring und dem Stadtpark auf und nieder; die meisten gefielen sich aber am belebtesten Teil zwischen der Oper und dem Schwarzenbergplatz am besten, und hier stockte bald jeder Verkehr. Anderes Publikum war wegen des Regengusses nicht da, oder es hielt sich in den Kaffeehäusern auf. Beim Erscheinen eines sehr unbeliebten Polizeikommissars wurden Rufe des Unmutes laut, und dies gab der Polizei den angeblich erwarteten Vorwand zum Einschreiten. Ganz unvermittelt ritten ganze Reihen von Polizisten in die harmlose Menge hinein, sie an die Mauern andrückend, und wer zu Boden fiel, wurde von der Fußmännlichkeit mit Häufen geschlagen. Dazu waren alle Straßen ins Innere der Stadt abgeperrt, so daß niemand entweichen konnte. Alle Augenzeugen sind darin einig, daß mit einer furchtbaren Rücksichtslosigkeit zu Werke gegangen wurde, und daß die Demonstration ohne die Provokation seitens der Polizei unwürdig und harmlos verlaufen wäre.

Ueber die Verhaftung unserer Freunde Dr. Adler, Neumann und Brechtneider wird denselben Blatt telegraphiert:

Dr. Adler war mit den Arbeiterführern noch um 7 Uhr auf der Ringstraße und wurde mit Hochrufen empfangen. Entsetztere Demonstrierende hielten die Aule für eine Demonstration gegen Lueger und brachen in die Aule: „Wohin Lueger!“, aus, was der Polizei Veranlassung zum Einschreiten gab. Dr. Adler sah sich mit Entsetzen, wie die Polizei die Pferde in die dichteste Masse trieb, nahe sich einem Kommissar und hat ihn zu bedenken, daß Familienväter in der Menge seien, und das größte Unpäß gefürchtet wurde. Der Kommissar befahl ihm, sich nicht in eine Amtshandlung zu mischen. Adler antwortete gereizt und wurde gleich darauf mit den anderen Arbeiterführern für verhaftet erklärt und abgeführt.

Das Ende der peinlichen und empörenden Szenen zwischen der Polizei und den Arbeitern wurde erst erreicht, als es den Arbeitern gelang, in die Mariahilferstraße und die Burggasse zu flüchten. Das war aber erst nach acht Uhr. Eine Stunde hatte das jäherische Wogen der Arbeitermassen gedauert, die von den einherjagenden Wachen bald in die, bald in jene Richtung getrieben wurden, und denen der Ausweg ins Innere der Stadt durch Seiten von Wachen verperrt war. Der Wache war heute verboten, die Säbel zu ziehen, deshalb gebrauchten sie Häufe und Stiefel. Ein antisemitischer Gemeinderat, Handschuhmacher Viertel, kam ins Gedränge und wurde als Sozialist von der Polizei fürchtbar geprügelt.

Der socialdemokratische Abgeordnete Dr. Verkauf war abends auf der Polizei, um Schritte zur Freilassung Dr. Adlers, Brechtneiders und Neumanns zu machen. Dort wurde ihm in brutaler Weise bedeutet, davon könne keine Rede sein. Die Polizei gedanke, ein Exempel zu statuieren, und hoffe, in dieser Weise die Demonstrationen einzudämmen.

Die drei Verhafteten sind am Freitag dem Landgericht eingeliefert worden. Außer ihnen wurden 21 von den anderen am Donnerstagabend verhafteten Personen an das Landgericht eingeliefert, 11 wurden polizeilich bestraft, 10 wurden vom Bezirksgericht wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ein Privattelegramm aus Wien meldet uns, daß die Unterfindung gegen Adler und seine Mitverhafteten noch am Freitag abgeschlossen werden dürfte und daß ihre Freilassung am Sonnabend vor mittag zu erwarten sei. Die Anklage gegen sie kann nur wegen „Auslaufs“ erhoben werden, worauf Arreststrafe bis zu einem Monat steht.

Die „Vorwärts“-Diebe. Man hätte erwarten sollen, die „Post“ würde von unserer Nichtbilligung Notiz nehmen, daß wir mit Ihren Laufjungen — wir bitten, nicht Stummhühner Laufjungen lesen zu wollen — nichts zu thun gehabt haben. Das unterläßt die „Post“. Auch die Cigarrengehilfe klärt das Blatt nicht auf. Dafür tröstet sie uns, wir brauchen nicht jeder Hoffnung auf Verfassung zu entsagen. Die Briefe wären doch literarisch wertvolles Gut, und im übrigen:

„Wenn es den Nachforschungen, die durchaus noch nicht eingestellt sind, doch noch gelingen sollte, den Dieb zu ermitteln, so wird auch gegen den „Vorwärts“ die Anklage wegen Hehlerei zweifellos noch erhoben werden. Solange dieses Damoklesschwert noch über seinem Haupte schwebt, hätte er besser, nicht zu triumphieren.“

Aber leider ist diese Hoffnung nur eitel Wahn. Denn die Hehlerei-Fiktion ist juristisch noch unmöglicher als die des Eingriffs in geistiges Eigentum.

In einer Beziehung geben wir der Staatsanwaltschaft, unserem Verteidiger und der „Post“ recht. Zu den feinsten Mitteln gehört es nicht, Privatbriefe eines andern zu veröffentlichen. Ein Privatmann würde sich bestimmen, ein Mittel anzuwenden, das ein im öffentlichen Kampf stehender Mann unbedenklich im öffentlichen Interesse anwenden wird und anwenden muß. Ja, wie sind sogar übergenötigt, es ist bei den „Post“leuten noch ein so starker Rest von Standesbewußtsein und Gefühl ihrer publizistischen Würde vorhanden, daß gerade sie uns innerlich dankbar für unsere Veröffentlichung gewesen sind, so sehr sie uns äußerlich angreifen. Denn wir haben ja ihr eigenes und höchstes Interesse, die Unabhängigkeit des Journalisten, vertreten, als wir atemlos den jammervollen Terrorismus aufdeckten, unter dem sie seitens ihres allerhöchsten Geldgebers zu leiden haben. Und gerade darum haben wir uns auch keinen Augenblick Strupel über die Herkunft der Briefe gemacht.

Deutsches Reich.

Wilhelm II. in Frankreich. Der deutsche Kaiser, der sich eben auf einer Nordlandfahrt befindet, hat in Bergen das französische Schulschiff „Iphigénie“ besucht und so auf französischem Boden gewohnt. Er hat dann die Offiziere und Kadetten der „Iphigénie“ zu einem Feste auf die „Hohenzollern“ eingeladen.

Der Kaiser richtete ferner an den Präsidenten Loubet ein Telegramm, in welchem er seiner Freude über den Besuch auf der „Iphigénie“ und die militärische und sympathische Haltung der französischen Seeleute sowie über den liebenswürdigen Empfang Ausdruck giebt. Präsident Loubet dankte für die von dem Kaiser den französischen Seeleuten erwiesene Ehre sowie für die Worte, mit denen der Kaiser sich über den Eindruck des Besuchs ausdrückte.

Das kleine Hofjournal von Byzanz findet in diesen Höflichkeitseinen Wendepunkt der Weltgeschichte. Wir sind bescheidener. Wir würden schon einen sehr bedeutenden Erfolg darin erblicken, wenn durch diese Visiten die Hindernisse beseitigt werden, die bislang einem Besuch der kommenden Pariser Weltausstellung entgegenstehen.

Die Telegramme haben folgenden Wortlaut:

Ich habe die Freude gehabt, auf dem Schulschiff „Iphigénie“ junge französische Seeleute zu sehen, deren militärische und sympathische, ihres edlen Vaterlandes würdige Haltung auf mich einen lebhaften Eindruck gemacht hat. Mein Herz als Seemann und Kamerad freut sich des liebenswürdigen Empfanges, welcher mir vom Kommandanten, den Offizieren und der Besatzung zu teil wurde, und ich beglückwünsche mich, Herr Präsident, zu dieser glücklichen Gelegenheit, welche mir gestattet hat, der „Iphigénie“ und Ihren liebenswürdigen Land- leuten zu begegnen. Wilhelm.

Die Antwort des Präsidenten Loubet lautet:

Ich bin sehr gerührt von dem Telegramm, welches Euer Kaiserliche Majestät im Verfolg Ihres Besuches an Bord des Schulschiffes „Iphigénie“ an mich gerichtet haben und es drängt mich, Eurer Majestät für die Ehre, welche Sie unseren Seeleuten erwiesen haben und für die Worte zu danken, in welchen Sie die Güte hatten, mir den Eindruck zu schildern, welchen dieser Besuch bei Ihnen hinterlassen hat. Loubet.

Ein Liebenswürdigkeit läßt das Telegramm des Kaisers nichts zu wünschen übrig. Vielleicht wird nun auch der Geist des Professors v. Stengel, der im Haag herrscht, ein wenig friedfertiger.

Die Fälschung. Da immer noch keine Aufklärung über die Korrektur im Reichstags- Stenogramm erfolgt ist, so läßt es sich verstehen, daß die seltsamsten Gerüchte umlaufen. Ein Hamburger Blatt will wissen, die Staatsanwaltschaft habe bereits eine Untersuchung gegen Unbekannt wegen Urkundenfälschung eingeleitet. Der fälschende Zusatz stamme, so wird weiter erzählt, weder von den Stenographen noch von den Beamten, dagegen habe die Handschrift eine entfernte Ähnlichkeit mit der des jüngst ertrunkenen Redakteurs Homann. Ueber die Thätigkeit dieses Mitgliedes des literarischen Bureaus berichten die „Leipz. R. N.“:

Allerdings erhält der Monarch kurze telegraphische Berichte aus dem Reichstage. Sie werden während der Sitzung verfaßt und scheideweise abgefaßt. Beauftragt mit dieser Thätigkeit war seit langem der treffliche Karl Homann, der leider zur tiefen Trauer der zahlreichen Freunde und Verehrer, die dieser ehren- haften und gewissenhafte Mann besaß, vor zehn Tagen bei einer Bootsfahrt auf dem Sattower See bei Potsdam ertrunken ist. Seine Telegramme waren lediglich kurze, sachliche Referate, voll- kommen tendenzlos und unparteiisch; da ich auf der Tribüne zufällig Homanns Nachbar war, habe ich diese Berichte, ebenso wie für andere Freunde, oft genug gelesen. Die Episode Köpcke umfaßt zwei Zeilen. Die amtlichen oder anderen Stenogramme kamen bei dieser Thätig- keit überhaupt nicht in Frage, und Homann wäre der Letzte gewesen, der seine Hand zu einer Intrigue geboten hätte.

Will man dem Spiel der Gerüchte ein Ende bereiten, so gebe man endlich eine authentische Aufklärung.

Die Beamten-Redacteurs des königlichen sächsischen „Dresdner Journals“ nehmen folgende Auslassungen unter ihre Verantwortlichkeit:

Bei uns in Deutschland hat man die Brüssler Vorgänge sehr zu beachten. Mögen auch derartige Ausschreitungen zur Zeit bei uns nicht zu befürchten sein, so heißt es hier doch: W e r d e n Anfängen! Und Anfänge sind auch bei uns bereits vorhanden. Wer die Haltung, das terroristische Niederfahren der Gegner bei den Socialdemokraten in der Debatte über das Arbeits- willigengesetz beobachtet hat, der muß sich sagen, daß der deutsche Reichstag, sofern er derartige Geflogenheiten einreichen läßt, all- mählich sich Zuständen nähern könnte, wie sie im belgischen Parla- ment herrschen. In Deutschland behaupten große Parteien, der Arbeiterbewegung müsse völlige Freiheit gelassen, der Socialdemokratie Gleichberechtigung zurkannt werden, damit ein „Ventil“ geschaffen werde, durch das ein Uebermaß von Hitze sich verflüchtigen könne. In Belgien ist dieses „Ventil“ längst vorhanden, statt daß aber durch dieses der Explosivstoff hinausgetrieben worden wäre, ist von außen Händel hineingelassen — die Probe auf das Exempel unserer Socialpolitiker hat verfaßt u. s. w.

Was Belgien nun eigentlich lehren soll, ist in dem konfusem Artikel — wir beschnidigen die Redacteurs natürlich nur in ihrer äußerlichen Thätigkeit konfusem Denkweise! — nicht recht ersichtlich. Die einzig mögliche Lehre, die aus den Vorgängen in Brüssel zu ziehen ist, müßte doch eigentlich dem „Journal“ gefallen: Die Socialdemokratie hat zwar nicht die Gesellschaftsordnung ge- waltstam umgestürzt, aber sie hat sich als ein Bollwerk gegen den Umsturz bewährt. Sie hat den Anfängen der Revolution von oben gewehrt!

Auch andere Organe der Scharfmacherei, so die „Post“, suchen unsere gerechte Vergeltung über die Erfolge unserer belgischen Genossen in ihrer einfältig-brutalen Weise auszudeuten. Gewiß, wir sind der Meinung, das müßte ein elendes Volk sein, das sich nicht mit allen möglichen Mitteln gegen einen Raub an seinen heiligsten Rechten wehrt. Und unsere Scharfmacher entblößen unvorsichtig ihre innersten Gefühle und Absichten, wenn sie diesen Kampf gegen die Revolution, in dem liberales Völkertum und Proletariat überdies Seite an Seite stand, als bedrohlich für Deutsch- land auffassen. Wenn unsere Scharfmacher nicht an eine Revolution von oben denken würden, so fehlte jeder Vergleichspunkt zwischen den belgischen Vorgängen und der deutschen Entwicklung.

Das Märchen vom liberalen Krawall. In einer eng- lischen Ausgabe der Erinnerungen „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“ findet sich ein bisher unbekannter Brief des späteren Kaisers Friedrich vom 19. Oktober 1878 an den König Karl, aus dem nicht nur hervorgeht, daß der damalige Prinz Wilhelm, jetziger deutscher Kaiser, in jener Zeit die Hauptstadt des Erb- feindes im strengsten Zorn besuchte und sich dort „herrlich amüsierte“ hat — eine Thatsache, die stets abgelehnt wurde —, sondern der auch die Ansicht des als „liberal“ ausgezeichneten da- maligen Reichstagen über die Socialdemokratie wieder- giebt. Der Briefschreiber sagt:

Aber es ist nicht leicht, die Rechte auszuüben und alle Lasten eines Monarchen nach bestem Können und Gewissen zu tragen, ohne allein die Verantwortung zu übernehmen. Vorzuziehen schließt der Reichstag seine Beratungen; hoffen wir, daß das Socialistengesetz den Beginn einer Radikalisierung bedeutet, durch welche das Uebel überwunden werden kann. Es wird und jedoch viel Mühe kosten, bis wir diese Rißgebur- tis los sind, die mit so ungläublicher Schnelligkeit gewachsen ist, seit die Lehren dieser unheilvollen Gesellschaft ein so breites Publikum finden, und seit die Wurdveruche, die jetzt noch zuzunehmen werden, die Richtung zeigen, in die sich eine miß- verstandene Anwendung verliert.

Man mag der erregten Stimmung jener Zeit einiges zu gute halten und doch wird die Geschichte vom Liberalismus des Kron- prinzen auch dem blindesten Philister in Dünst zergehen. Freilich, die „Radikalur“ ist der „Mitgebur“ trefflich bekommen.

Die Fährlein-Tischrede, welche der Kaiser in Lübeck gehalten, und die in der Wiedergabe des Telegraphenbureaus unverändert blieb, wird jetzt im authentischen Wortlaut mitgeteilt:

Ich danke Euer Magnificenz für die Worte, welche Sie soeben an mich gerichtet haben. Mit Freuden begrüße ich im Namen des kaiserlichen Jagd-Klubs als dessen Comodore und im Namen aller Wittgeleuden den neuerstandenen Lübecker Jagd-Klub. In der Entstehung desselben hoffe ich ein Zeichen zu erblicken für den Zug der Nation, die Zukunft immer mehr auf dem Wasser zu suchen. Es ist selbstverständlich, daß darin die Hansestädte voranzugehen und also auch natürlich vor allem die alte Hansestadt der Hanse Lübeck, diese alleherrschaftige Stadt, wo jeder Zoll Boden, jeder Fuß Wasser Wände von Ge- schichte davon erzählt, was das Bürgerthum in seiner Kraft zu schaffen im Stande war. Dabei erinnere ich an einen alten Wahlspruch Lübecks: „Das Fährlein ist Licht an der Stange gebunden, aber es kostet viel, es wieder mit Ehren abzunehmen.“ Es ist dies ein Wort, dessen auch wohl jeder Segler ein- geben sein wird, wenn er morgen an den Start geht. Das Auf- blühen des Segelsports wird, wie ich hoffe, auch dazu beitragen, das Interesse für alles, was unsere wirtschaftlichen Beziehungen nach außen betrifft, zu entwickeln, die Lust zu Unternehmungen im Auslande zu stärken und die Ausbildung tüchtiger Jagd- matrosen zu fördern. Aber ich möchte den alten Spruch auch aus einem weiteren größeren Gesichtspunkte betrachten wissen! Ein ander Fährlein, unseres Reiches Panier, habe ich im Auge. Kaiser Wilhelm dem Großen verdanken wir es, er festigte es an dem Mast, an dem es — wie einst Nelsons Flagge — festgenagelt bleibe. Und so wollen wir alles dazu thun, daß es mit Ehren dort oben wehe, so lange es Gott im Himmel gesalbt; und wenn er es also bestimmt, daß es einmal wieder niedergel- worde, dann möge er es fügen, daß es nur mit Ehren gelasse. Ich trinke in Erinnerung an die ruhmreiche Geschichte des alten Vorortes der Hanse, auf das Wohl der Stadt Lübeck und ihres Stadtklubs.

Der Vergleich des Reichspaniers mit jenem Lübeckischen Fährlein, der eine Zeit absteht, wo dies Panier heruntergeholt werden könnte, ist eigenartig gerade im Munde des Herrschers, der sonst die Unantastbarkeit seines Paniers zu künden liebt. Er ist so eigenartig, daß wir zweifeln müssen, den Sinn der kaiserlichen Worte richtig erfaßt zu haben, und daß ein Kommentator zu dieser Tischrede wohl wünschenswert erscheint.

Auch sollten die Beamten, welche kaiserliche Reden der Welt mitteilen, diese Aufgabe mit mehr Sorgfalt vollziehen und nicht Bilder wie jenes von „jedem Fuß Wasser, der Wände von Geschichte davon erzählt“, dem kaiserlichen Redner hineinredigieren.

Entthronte Herren? Die nicht selten offiziös bediente „Schlesische Zeitung“ behauptet, mit der „regierenden Partei“, dem Centrum, gehe es zu Ende. Die „unzuverlässige und zweideutige Haltung im Reichstage, die unzuverlässige Bestätigung der Social- demokratie“ hätten „an maßgebenden Stellen die Augen darüber geöffnet, daß es absolut unmöglich sei, auf eine solche Partei sich zu stützen“.

Das gleiche Blatt sagt Miguel Antismüdigkeit nach. Kein Zweifel: Wer es jedem Recht zu machen nicht, verliert schließlich bei allen das Vertrauen. Das gilt vom Centrum wie von Herrn v. Miquel.

Streik und Militärklub. In Halle a. S. sind am Montag, wie bereits mitgeteilt, die Maurer und die Bau- hilfsarbeiter in den Ausstand getreten. Von den Bau- arbeitsern, die einen Stundenlohn von 40 Pf. fordern, sind etwa 800 beteiligt; auch die an dem Bau der Artillerie-Kaserne Beschäftigten haben sich dem Streik angeschlossen. Seit dem Tage der Arbeitsüberlegung sind an dem Kasernen-Neubau Soldaten beschäftigt. Dies hat die streikenden Bauarbeiter veranlaßt, sich an den Kriegsminister zu wenden. Nachdem eine von etwa 700 Per- sonen besetzte Versammlung der Maurer und Bauarbeiter dazu Stellung genommen, ist nachfolgendes Schreiben an den Kriegs- minister abgegangen:

Halle a. S., den 5. Juli 1899.
An
Seine Excellenz den Königl. Kriegsminister
Berlin.

An Eure Excellenz
haben die Unterzeichneten folgende Beschwerde vorzubringen. Bei den Neubauten des Artillerie-Kasernements in Halle a. S. werden seit dem 4. Juli 1899 ein Feldwebel, ein Unteroffizier und neunzehn Gemeine des hiesigen Infanterie-Regiments Nr. 38 mit Kladern von Maurerleuten beschäftigt. Dadurch werden die Bauarbeiter von Halle a. S. in ihrem Verdienst geschädigt, da ihnen durch die Militärpersonen in ihrem Beruf Konkurrenz gemacht wird. Die Unterzeichneten bitten daher im Namen ihrer Arbeitsgenossen Eure Excellenz, zu veranlassen, daß die bezeichnete Thätigkeit der Militärpersonen eingestellt wird. Auf die Antwort des Kriegsministers darf man gespannt sein. Werden die Militärpersonen nicht zurückgezogen, so bedeutet das eine einseitige Unterstüßung des Unternehmertums, das sich frucht- los den Arbeitern die geringe Aufbesserung der Löhne zu bewilligen. Bei den wirtschaftlichen Kämpfen sollten die Behörden sich stets einer strikten Neutralität befleißigen.

Das letzte Blatt Säckers, das „Volk“, das Anfang dieses Jahres wegen Ueberfluß an Abonnentenmangel von Berlin nach Siegen verlegt wurde, scheint auch dort langsam in die Gefilde der Seligen Himmelszuflümmern. Der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wird aus Siegen geschrieben:

Das hiesige Städtische Organ scheint mit Schwierigkeiten kämpfen zu müssen. In großstädtischem Gewande führte es sich kurz vor Neujahr hier ein, und Pastoren, Lehrer und Beamte be- sorgten monatlich die Verbreitung einer nach Tausenden zählenden Gratisausgabe. Umsonst nahmen die Bewohner des Landes das Blatt natürlich gerne, und in seinen Abonnements- Einladungen zum 1. April glaubte es denn auch mit einer Mißenaufgabe rechnen zu können. Aber der Erfolg blieb aus: als es ans Abonnieren gehen sollte, zogen die früheren Gratis- empfänger sich schleunigst zurück und hatten plötzlich „sonst genug zu lesen“. In der Abonnements-Einladung zum 8. Quartal schlug das Organ dann auch weiche Töne an, die in dringenden Erfinden an alle Freunde und Gönner ausflangen, ihr Blatt doch in Bekannten- und Fremdestreifen zu empfehlen. Das scheint aber nicht sonderlich gezogen zu haben, denn wie das „Stegener Volksblatt“ dieser Tage feststellte, wird der Expedient des Blattes v. Dörken von der Redaktion zurücktreten und nur mehr als gelegent- licher Mitarbeiter figurieren. Seit dem 1. Juni sind auch die tele- graphischen Dröhtungen, die bekanntlich besondere Kosten verursachen, gänzlich weggefallen.

Der „Berliner Bewegung“ hat also auch die „Zustveränderung“ nicht wieder zu Kräften verholfen.

Gefangenengänge. Seit dem 1. Juli werden auf den Eisen- bahnstrecken Deutchen O. S. — Breslau — Lissa — Posen — Thorn — Kreuz- Posen — Lissa — Sagan — Liegnitz, Schweidnitz — Deutchen O. S. und um- gekehrt besonders eingerichtete, regelmäßig laufende Gefangenenzüge eingesetzt, die in dem angeführten Kreise nach einem fest- gesetzten Fahrplan wöchentlich zweimal kursieren. Jeder Gefangenenzug wird von einem dazu besonders bestellten Gefangenenschein- begleiter; weiterer Begleiter bedarf es, abgesehen von besonderen Ausnahmefällen, während der Eisenbahnfahrt nicht. Die Orts-Polizei- behörden sind angewiesen worden, möglichst bei allen Transporten, die auf den bezeichneten Eisenbahnstrecken stattfinden, diese Einrichtung zu benutzen. Die Einrichtung ist zunächst versuchsweise auf die Dauer von sechs Monaten getroffen worden. Wenn sie sich

bewährt, so liegt die Absicht vor, damit auch auf weiteren Eisenbahn- strecken der Monarchie vorgezogen. Eine Verfügung darüber, ob die neue Einrichtung auch für Transporte zur Ausweisung von Ausländern, sowie für Transporte in eine Korrigenden-Anstalt zur Verbüßung einer Nachhaft zu benutzen ist, dürfte ebenfalls er- folgen.

Erfolge des patriarchalischen Regiments. Vor der Straf- lammer in Saarbrücken hatten sich 11 Angeklagte zu verantworten, die seit dem Jahre 1893 sich teils unter Schlagungen an Metall, meist Rinn, auf dem Stummchen Hüttenwerk zu Keimkirchen schuldig gemacht hatten, teils die Hefter spielten. Der dem Werk dadurch verursachte Schaden wird auf 18 000 M. be- schätzt. Die Hauptbeteiligten sind der Schmied Nik. Dillwing zu Keimkirchen, der 2 Jahre Zuchthaus, der Althändler Wilh. Weiler zu St. Ingbert, der 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus, der Jungieher zu Karl Albert de Gink zu St. Wendel, der 1 Jahr Zuchthaus, und der Hüttenarbeiter Joh. Blau zu Keimkirchen, der 2 Jahre Ge- fängnis erhielt. Drei Angeklagte wurden zu 7, 5 und 2 Monaten Gefängnis verurteilt, gegen einen mußte das Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden, drei Angeklagte erlangten Frei- sprechung.

Es ist doch für Herrn v. Stumm, daß ein Teil seiner so wohl erpönten Leute, die stets arbeitswillig sind, niemanden terrorisieren, auf Befehl heiraten und ledig bleiben, kein aufreizendes Blatt lesen, nebenbei stehlen und hehlen.

Geld zu verdienen! Der frühere Regierungspräsident Herr v. Schwarz in Köln erläßt im Anzeigenteil der in Sigmaringen erscheinenden „Hohenzollerischen Volks-Zeitung“ folgende Bekannt- machung: 15 000 Mark Belohnung. Seit dem Jahre 1894 bis Ende März 1899 bin ich durch zahlreiche anonyme Briefe, die in Sigmaringen ihren Ursprung haben dürften, beleidigt, beschimpft und bedroht worden. Für die Entdeckung der Thätereihe setze ich eine Belohnung von 15 000 M. aus und sichere die ungehinderte Auszahlung demjenigen zu, durch dessen Angaben der oder die Urheber jener Briefe so überführt werden können, daß sie zu der gerichtlichen Strafe gezogen werden können. Sollten letztere sich selbst angeben und ihre Angaben gerichtlich als wahr erwiesen werden, so erhalten auch sie oder diejenigen die Belohnung, die sie als empfangsberechtigt mit bestimmen. Im Falle wegen Zuerkennung der angebotenen Belohnung eine Einigung zwischen mir und ihnen nicht erzielt werden sollte, so unterwerfe ich mich der gerichtlichen Entscheidung. Eine Erhöhung der Belohnung ist ausgeschlossen. Sollte diese Bekanntmachung bis zum 1. Januar 1900 ohne Erfolg bleiben, so gilt sie als zurückgezogen. Ich habe die 15 000 M. in deutschen Staatspapieren dem Herrn Rechtsanwalt und Notar Seim in Sigmaringen zum Zwecke der Hinterlegung bei der Spar- und Leihkasse in Sigmaringen übergeben.

Was muß man dem Wanne alles geschrieben haben, wenn ihm die Entdeckung der Absender 15 000 M. wert ist! Die Brief- schreiber dürften übrigens sicherlich in den durch Besig und Bildung ausgezeichneten Kreisen zu suchen sein.

Wesen, 7. Juli. Aufsehen erregt hier die Ausweisung des Leitzrichters, Glashüttenleiters Garbanel in Uß, aus Preußen.

Aufhebung des Vereinsrechts durch ungültige Polizei- verordnungen. In Weylar ist vom Landrat Goedeke folgende Polizeiverordnung erlassen:

Auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsamml. S. 266) sowie des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1868 (Gesetzsamml. S. 195) wird mit Zustimmung des Kreis- auschusses für den Umfang des Kreises Weylar folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Vereine und Privatgesellschaften, die in einem Wohnort eine Tagelohnarbeit veranstalten, haben davon mindestens 24 Stunden vor dem Be- ginn der Tagelohnarbeit unter Angabe des Ortes und der Zeit der Tagelohnarbeit durch ihren Vorstand bei der Ortspolizei- behörde Anzeige zu machen.

§ 2. Der Anzeige ist beizufügen:
1. ein bei der Gegenwart erhaltenes Mitglieder- verzeichnis, sofern ein solches sich nicht bereits in Händen der Polizeibehörde befindet, und
2. ein Verzeichnis derjenigen Personen, welche be- sonders eingeführt werden sollen.

Die vorstehenden Verzeichnisse müssen den vollständigen Namen, den Beruf und die Wohnung der Mitglieder und der Einzuführenden enthalten, das Verzeichnis zu 2 auch die ausdrückliche Nennung der einzuführenden Mitglieder.

§ 3. Von der Einreichung der Verzeichnisse kann die Polizeibehörde auf Antrag in geeigneten Fällen entbinden.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden an den Vorstandsmitgliedern, dem Vort und den an der Auf- nahme teilnehmenden, in den Verzeichnissen § 2 jedoch nicht aufgeführten Personen mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unver- mögenfalle mit entsprechender Haft geahndet.

§ 5. Vorstehende Polizei-Verordnung tritt am 1. August 1899 in Kraft.
Weylar, den 10. Juni 1899.

Der königliche Landrat Goedeke.

Diese Polizeiverordnung ist ungültig, weil sie eine Regelung über eine Frage versucht, deren Regelung der Polizei nicht zusteht, weil sie ferner die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung verletzt und weil sie endlich eine unzulässige Korrektur des Vereins- gesetzes darstellt. Artikel 29 der Verfassung vom 31. Januar 1850 bestimmt: „Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Mannen zu versammeln.“ Artikel 30 derselben Verfassung be- trägt: „Das Gesetz regelt insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffent- lichen Sicherheit“ das im Artikel 29 gewährleistete Recht. In ständiger Praxis hat das Ober-Verwaltungsgericht und das Kammer- gericht darauf festgehalten, daß demnach alle Polizeiverordnungen un- gültig sind, welche eine Regelung des Vereinswesens unter- nehmen. Dem gegenüber tauchte allerdings in Anlehnung an eine absolutistische, verfassungswidrige Denkwiese des Professor Mehn in der „Nord. Allg. Ztg.“ vor zwei Jahren die Behauptung auf, die Polizei könne eigentlich alles durch Polizeiverordnung regeln, sie sei die Seele des Staates, die in jede Lebenssphäre selbstständig eingreifen dürfe. Diese verfassungswidrigen Seitenansprüche scheinen nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein. Die Weylarer Polizeiverordnung ist wohl ein Produkt der dargelegten absolutistischen Utopien. Die Weylarer Verordnung regelt selbst- herrlich das Vereinsrecht, dehnt die Anmeldeverpflichtung politischer Vereine auf unpolitische Vereine aus und hebt im § 3 die verfassungs- mäßig garantierte Gleichheit aller Preußen vor dem Gesetz auf. Die Wirt und Einwohner des Weylarer Kreises werden gut thun, unbekümmert um die Weylarer Polizeiverordnung Privat- gesellschaften und Vereine lediglich unter Beobachtung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen abzuhalten und, falls ihnen dabei Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten, den Weg des Verwaltungsfreitverfahrens und der Schadensersatzklage zu beschreiten. Der Erlaß der ungültigen Polizeiverordnung trotz entgegenstehender Entscheidungen der obersten preussischen Gerichts- höfe zeigt wieder einmal, welcher Wind in Preußen weht.

Aus Baden. (Fig. Ver.) Die Parteikonferenz, die am Sonntag in Durlach sich mit den todsichigen Fragen zum Landtags-Wahlkampf besaßte und von Genossen aus Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Durlach unter dem Vorsitze des Landes- organisations-Vorstandes gebildet war, beschloß im Anschluß an ein Referat des Reichstags-Abgeordneten Dreesebach, in erster Reihe dem Rationalismus, der unserm Volke immer noch ein unverfälschtes Wahlrecht vorenthält, eine Niederlage bereiten zu helfen. Unter der Parole: „Für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, gegen das Reaktionsministerium Gienlohr und seine national-liberalen Beloten!“ bemühen sich die badischen

Socialdemokraten, überall da, wo sie keinen Sieg erringen können, Freunde der Reform zur Erreichung der verfassungsmäßigen Zweidrittel-Mehrheit in das Stadion am Friedrichsplatz buglierten zu helfen. So werden wir in Konstanz und Aastatt die Demokraten unterstützen, das Centrum dort, wo es gegen die nationalliberalen Eisenbahnler um den Sieg ringt; wir werden von der Aufstellung eigener Wahlmänner überall absehen, wo es zwecklos ist, und direkt für die gegnerischen Kandidaten eintreten. Für die aufzustellenden Kandidaten sind schon Vorarbeiten getroffen, die Aufgabe, geeignete und gegen alle Einflüsse feste Wahlmänner zu finden, was wegen der ökonomischen Abhängigkeit einige Schwierigkeiten bereitet, muß noch gelöst werden. Wir sehen zuversichtlich dem Wahlkampf entgegen.

Ausland.

Belgien.

Brüssel, 6. Juli. Zahlreiche Mitglieder der Linken des Senats und der Kammer hielten heute Nachmittag eine Versammlung ab, in welcher die Lage besprochen und beschlossen wurde, an der Verbindung gegen die Regierung in der Angelegenheit der Reformvorlage einmütig festzuhalten. Man rechnet mit der Möglichkeit einer Kammerauflösung, weil in der Reform-Kommission für keinerlei Vorschlag eine Mehrheit zu Stande kommen wird.

Es wird eine neue päpstliche Maßregelung des Pappes Daens erwartet wegen der Teilnahme der katholischen Demokraten an den letzten Straßendemonstrationen. Die katholisch-demokratische Parteileitung erklärt jedoch, sich um die Intervention des Pappes nicht im geringsten kümmern zu wollen.

Frankreich.

Der Drehschloßprozeß soll, wie es heißt, am 5. August beginnen und auf alle Fälle am 15. August beendet sein. Es ist indessen nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen bereits noch in der letzten Woche dieses Monats beginnen.

Professor Louis Davet, der bekanntlich Frau Drehschloß nach Rennes begleitete, stellt in einem Brief an den „Eidelle“ richtig, was bisher über Drehschloß mitgeteilt worden ist. Davet schreibt: „Es ist nicht wahr, daß Drehschloß die Verhandlung des Kriegsgerichts als reine Formalität nimmt. Es ist nicht wahr, daß es geglaubt sei, ihn unwahrscheinlich, blödsinnig oder auch nur schwach zu machen. Sein moralischer Zustand ist unverändert, er regelt selbst sein Leben, er wählt die Gegenstände der Unterhaltung, er will nicht, daß man ihn mit Fälschung behandle, er hört, fragt, vergleicht und kombiniert, er will wissen, wofür Henry sich zu seiner Fälschung verurteilt ließ. Er arbeitete gestern den ganzen Tag mit seinen Advokaten und ist heute nicht im geringsten ermüdet. Er ist in die Enquete vertieft und in den Prozeß Yola. Seien Sie sicher, daß er diese unverdäulichen Massen aufnehmen und daß die feilsche Fähigkeit eines Soldaten, eines Offiziers, eines Israeliten den Schauer aller Entwürfungen überwinden wird, die er machen soll. Er selbst wird als Ankläger vor dem Kriegsgericht erscheinen können. Er wird ohne Stottern sprechen und statt seiner werden seine Feinde das Schauspiel des ohnmächtigen Todeslämpfers geben. Die Folterqualen, welche Lebon ihm zugebracht, unterbrachen nur sein Martyrium, stachelten seine Lebenskraft an und erneuerten seine Energie.“

Italien.

Rom, 6. Juli. Die Anklagebehörde eröffnete das Verfahren gegen die Deputierten, welche beschuldigt sind, in der Kammerung am 20. Juni die Urnen umgeworfen zu haben; heute begann das Freigebot.

Rom, 4. Juli. (Eig. Ber.) Der letzte Sonntag hat unserer Partei neue Siege bei den kommunal- und Provinzialwahlen gebracht. In Padua, Udine, Como, Treviso und vielen anderen kleineren Gemeinden gewannen wir einen Teil der Mandate. Der Prozeß gegen die angeblichen Mischuldigen Acciaris ist auf die Gerichtsinstanz im Oktober verschoben worden.

Spanien.

Silvela über die Unruhen. In dem Ministerrat vom Donnerstag erklärte der Ministerpräsident Silvela, die in den letzten Tagen vorgekommenen Unruhen seien ohne Bedeutung. Silvela verlas sodann ein Telegramm aus Barcelona, nach welchem heute dort Ruhe herrscht. Weiter wird in dem Telegramm mitgeteilt, daß sich bei den gestrigen Unruhen ein Teil der Arbeiter auf die Seite der Gendarmen stellten und gegen die Aufständigen Partei nahmen.

In unparteiischen Kreisen herrscht doch eine ganz andere Auffassung über die Lage in Spanien. Die „Internat. Corr.“ schreibt aus Madrid vom 6. Juli:

Die Widerstandsbewegung gegen die Finanzgesetze hat einen Charakter angenommen, den selbst die konservativen Organe als einer sehr bedrohlichen bezeichnen. Sagasta lehnte es ab, der Regierung öffentlich die Unterstützung der Liberalen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuzusagen. Der Vorsitzende der Sozialistenpartei, Iglesias, erklärte, seine Partei habe bisher nur die Agitation betreffend Revision der Montjuich-Prozesse betrieben, werde sich jedoch jetzt der Bewegung gegen die neuen Steuern und die Militärgesetze anschließen. Zum Sonntag sind in 20 Städten sozialistische Massenversammlungen einberufen. Die Grubenarbeiter des Bezirkes Alibao kündigen den allgemeinen Ausstand an, falls die Grubenbesitzer von der Mehrbesteuerung ausgeschlossen bleiben, während den Arbeitern selbst das Salz um das Dreifache veräuert werden soll.

England.

Liberaler Wahlsieg. In Oldham (Lancashire), das zwei Abgeordnete zu wählen hat, war gestern Erhwahl; und es gelang den Liberalen, die beiden Mandate den konservativen abzunehmen. Darob große Freude im Lager der Liberalen und Träume von Neubirth, wie sie dem Greisenalter eigen. Zu bedenken ist, daß Oldham ein alter Sitz des Liberalismus ist, der nur bei der letzten allgemeinen Wahl, wo die liberale Partei unter dem zerschmetternden Einbruch des Todes von Gladstone stand, den Liberalen entzogen werden konnte. Und zweitens ist es in England ein alter Erfahrungssatz, daß bei Erhwahlen die Opposition siegt.

Zufällig schreibt die Fortsetzung der liberalen Partei unaufrichtig fort, und so wie die Dinge stehen, ist auch keine Aussicht auf eine Reorganisation und Wiederaufleben der Partei vorhanden, die bekanntlich das konservative Programm zu dem ihrigen gemacht und damit sich selbst die Daseinsberechtigung abgesprochen hat.

Serbien.

Vom Attentat auf Milan, den Ertröng der Serben, haben wir bereits in der letzten Nummer berichtet. Da er mit einer ganz geringfügigen Messur davon gekommen ist, so benutzte er die günstige Gelegenheit, an das ihn umstehende Publikum eine Rede zu halten, in welcher er die radikale Partei für das Attentat verantwortlich machte. Der Attentäter ist ein Bosnier Namens Gjura Anegovic. Wie die Untersuchung feststellte, soll derselbe Komplizen gehabt haben. Vierzehn der radikalen Partei angehörige Personen wurden verhaftet, darunter der frühere Ministerpräsident Tauschanovic. Der ehemalige Ministerpräsident Paschic wurde unter Polizeiaufsicht gestellt.

Das Attentat scheint der Regierung sehr gelegen zu kommen.

Asien.

Der französische Gesandte Michon in China hat vom Lung-li-Pamen die Mitteilung erhalten, daß das französische Konsulat in Peking (Tientsin), das bei den jüngsten Unruhen zerstört wurde, auf Kosten der chinesischen Regierung wieder aufgebaut werde. Michon stellt daher keine weiteren Erfordernisse. Die Ansprüche für die Verluste Privater sollen, wie es heißt, durch die Sozialbehörde geregelt werden.

Asien.

Pretoria, 6. Juli. Dem Vernehmen nach hat der Boissraad heute in geheimer Sitzung den von der Kapregierung und dem Orange-Freistaat unterfertigten Vorschlägen zugestimmt, denen zufolge das Wahlrecht nach siebenjährigen Anwesenheit erteilt werden soll, wobei die Naturalisierung fakultativ und für solche, welche vor 1898 nach Transvaal gekommen sind, rückwirkend sein soll. Hofmeyr und Herholt werden auf der Rückreise nach Bloemfontein morgen Johannesburg besuchen. Die Spannung, welche die Bevölkerung in Atem gehalten hat, wurde durch das Ergebnis der geheimen Sitzung wesentlich gemildert.

Eine lustige Spitzelgeschichte

spielte im Jahre 1888 in der kaiserlich deutschen Republik Hamburg, als die großartigen Freihasen-Anlagen feierlich eingeweiht werden sollten. Die umfassendsten Vorbereitungen waren getroffen, u. a. wurde am Rande der Außenalster das reizende Etablissement „Alsterlust“ extra für die Festlichkeiten errichtet. Dort wurde dem Kaiser, welcher der Einladung des Senats gefolgt war und drei Tage in Hamburgs Mauern zu verweilen beabsichtigte, ein glänzender Empfang mit Gastmahl, Serenade und Feuerwerk bereitet, der den Herrscher so entzückte, daß er noch nach Jahren sich desselben erinnern wird, gelegentlich einer späteren Einladung nach Hamburg den Wunsch äußerte, den Kaffee wieder auf der „Alsterlust“ einzunehmen. Nun versagte zwar der hohe Senat in seinem Staatsgebiet über keine Insel — das vom Kaiser gemeinte Etablissement liegt auf dem Festland — aber der regierende Bürgermeister, eingedenk des Wortes: Ew. Majestät Wunsch ist mir Befehl, wußte sich zu helfen, und so entstand über Nacht, mitten in Alsterbassin, eine prächtige Insel, die später — nachdem ihr Lebenszweck erfüllt — wieder fortgeräumt wurde. Doch das nebenher und zurück zur Einweihung des Hafens. Bekanntlich lag das Sozialistengesetz im Jahre 1888 bereits in Todeszuckungen und vielleicht war die Betrübnis hierüber die Ursache, welche die Fäden unserer Geschichte in heiligen Eifer verlegte. In Hamburg wimmelte es damals, wie überall unter der Herrschaft des Ausweisungspatographen — von Spitzeln in höheren und niederen Grades. Diese „Gentlemen“ wollten zeigen, daß sie ihr Geld nicht umsonst erhalten, und so „entdeckte“ man denn die schaurige Thatfache, daß während der Anwesenheit des Kaisers ein Attentat ausgeführt werden sollte. Der Polizeikommissar Engel in Altona beauftragte den bekannten Spitzel Wichmann mit der Feststellung und Ueberwachung der Attentäter und verlangte, daß Wichmann schleunigst deren Namen und Wohnung melde.

Nachdem dies geschehen, berichtete Herr Engel nach Berlin und erbat weitere Instruktionen. Hier schenkte man der Engelsen „Denkschrift“ natürlich die gebührende Aufmerksamkeit und ordnete ein höchstes Geheimpolizist nach Hamburg ab, welche dort während der Festtage den Sicherheitsdienst organisieren sollten.

Inzwischen hatte Herr Wichmann seine Meldung eingereicht. — Die „Attentäter“, die von Wichmann als Anarchisten bezeichnet wurden, erhielten in den Berliner Geheimpolizisten aufmerksame und pflichttreue Beobachter. Der Eifer eines auf der Jagd nach anarchistischen Attentätern befindlichen Polizeimannes kennt keine Grenzen. Tag und Nacht sich dieser Aufgabe widmend, hatte der Berliner sich in dem Hause eines der benannten Bombenverfer eingemietet, sich mit demselben angefreundet und verabredet, die Hamburger Festtage gemeinsam zu erleben, doch wie groß war das Erstaunen des Jüngers der heiligen Hermandad, als er sah, daß sein „Attentäter“ sich beim Verlassen der gemeinsamen Wohnung im Heffleide präferierte, und geschmückt mit Orden und Ehrenzeichen seinen Platz inmitten des Anarchistenvereins einnahm, der beim Herannahen des Kaisers Spalier bildete.

Das war am Vormittag. Ebenso verließ der Nachmittag, und als der „Attentäter“ am Abend, ganz heiser vom Hoch- und Hurraufen, mit dem Berliner Freund liegend, sich als ein in der Rolle gefährdeter Kriegervereiner und Patriot entpuppte — da ergriß den Polizeimann ein menschlich Mitleiden, und er erzählte dem trübsinnigen Genossen, daß er als „Anarchist“ und „Attentäter“ der Polizei gemeldet wäre. Das löste nur von dem Wichmann aus, antwortete unter wiederer Hamburg. Den Kerl hätte er und sein Freund einmal fürchterlich verboxen und dafür würde dieser sich nun wohl gerächt haben. Unter fröhlichem Lachen erzählte er, wie das Opfer der Hamburger Häuser zugewandert worden sei, und daß der Spitzel Wichmann einige Wochen im Krankenhaus zubringen mußte, um die Spuren jenes Zusammenstehens zu verwischen. Der um das „Attentat“ geprellte Polizeireisende meldete pflichtschuldig am andern Morgen auf dem Polizeibureau in Altona, was er erfahren, und Herr Engel citierte den ärgerten Wichmann vor seinen Richterstuhl. Der brave Wichmann gestand, daß er die beiden Leute als patriotische Mitglieder der staatsverhaltenden Ordnungsparteien lenne und daß dieselben nie Sozialdemokraten oder Anarchisten gewesen seien. Da ihm jedoch der Auftrag gegeben sei, Namen und Wohnung einiger Anarchisten zu melden, so habe er die beiden Leute als Vergeltung für die einst empfangene Prügel angezeigt.

Mit dieser Verhandlung erden die Ergebnisse der damals nach Hamburg geschickten Berliner Polizeibeamten. Wegen Wichmann soll Anklage wegen wissentlich falscher Denunciation erhoben worden sein — ob mit Erfolg vermaggen wir nicht zu sagen. Die einzigen, welche aus diesem „Attentat“ Schaden zogen, waren die Hamburger Senatoren, welche um die Ehre kamen, den Kaiser über Nacht in Hamburg zu wissen. Denn aus dem geplanten dreitägigen Aufenthalt wurde nichts.

Partei-Nachrichten.

Gegen die Justizhaus-Vorlage. Die Bewegung gegen das Ausnahme-gesetz dauert im ganzen Reich noch immer fort. Und ist es nicht möglich, alle Versammlungen auch fernherhin zu registrieren. Nur einige wollen wir herausgreifen, um den Nachweis zu liefern, daß auch in den Gegenden die Massen in Bewegung kommen, wo sonst das politische Leben nicht ein besonders lebhaftes zu sein pflegt.

So wird uns aus Danzig berichtet, daß vor einigen Tagen dort eine Protestversammlung tagte, die von 800 Personen besucht war. Hier wie auch in Danzig sprach der Genosse Rohlfad aus Berlin. In Danzig kam, wie es berichtet wird, eine solche Meißnerversammlung zusammen, wie sie dort seit Jahren nicht dagewesen ist. Eine energische Protestresolution fand einstimmig Aufnahme.

Auch unsere im Ausland lebenden Genossen schließen sich der Bewegung an. Wie früher in Zürich und Winterthur, so hat jetzt auch in St. Gallen eine imposante Protestversammlung gegen die deutsche Justizhausvorlage stattgefunden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Feldmann, Redacteur des „Proletarier“,** trat am Montag, den 5. d. M., eine dreimonatliche Gefängnisstrafe wegen Vergehens im Reichsbad Gerichtsgefängnis an. Wenn vor Ablauf derselben ein zweites, ebenfalls auf 8 Monate lautendes Landgerichts-Urteil, welches noch in der Revisionsinstanz schwebt, rechtskräftig werden sollte, so hätte Feldmann insgesamt eine sechsmonatliche Strafe zu verbüßen. Möge er dieselbe ohne Schaden für seine Gesundheit überleben.

— **Polizeikampf gegen die Arbeiterschaft in Posen.** Aus Posen wird uns unter dem 6. Juli geschrieben: Gestern Abend versammelten sich, wie allabendlich, Genossen und Gewerkschaftsmitglieder im Besesszimmer des Gewerkschafts-Karteells, welches einen Teil der Privatwohnung eines Genossen ausmacht, den derselbe in bereitwilliger Weise zur Verfügung gestellt. Diese Einrichtung besteht nun schon seit April d. J. Aber wie erlauten die Anwesenden, als plötzlich ein Polizeikommissar eintrat, nach dem Genossen Sogowski frag, mit der Bemerkung, hier finde wohl eine Versammlung statt. Als dies verneint wurde, entfernte sich der Herr Kommissar, um nach einer Viertelstunde mit einem Schuttmann wieder zu kommen und kurzerhand die „Versammlung“ aufzulösen. Der Schuttmann machte Anstalten, sämtliche „Teilnehmer“ zu notieren,

als ein Genosse aufmerksam machte, daß nach der Auflösung einer Versammlung sämtliche Anwesende das Lokal räumen müssen, was dann auch ordnungsgemäß befolgt wurde. Ein „guter Freund“ hatte der Polizei einen autographierten Zettel zukommen lassen, worauf zu einer Besprechung eingeladen wurde und mit „Der Vertrauensmann“ unterzeichnet war. Mehrere Leser vollendeten nun aber doch, nachdem sie sich nach einiger Zeit wieder eingefunden, die angefangene Lesüre und unterhielten sich in gewohnter Weise über die Neuigkeiten des Tages, als zum drittenmal die heilige Hermandad erschien, nachdem sich über die eventuelle Versammlung informiert, und darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Leute nur zu gegenseitiger Unterhaltung abendlich zusammenkommen und jeder doch wohl in seiner Wohnung so viel Besuch empfangen kann, wie ihm lieb ist. — In letzter Zeit sind alle Delegierte des Gewerkschafts-Karteells und die Vorstände der Gewerkschaften auf das Bureau der politischen Polizei vorgeladen worden. Diese Aktion soll, wie man hört, den Zweck haben, daß sich die Beamten der betreffenden Abteilung über die Verhältnisse der hiesigen Arbeiterbewegung besser informieren. Es sollte doch lieber die Lokalabteilung etwas eingeschränkt werden, dann wäre die Information in öffentlichen Versammlungen bedeutend leichter und die Leute werden nicht alle Augenblicke aus den Betrieben geholt, um der Polizei zu allen möglichen Ausflüssen zur Verfügung zu stehen.

— **Wegen nicht erlaubten Kollektierens** ist der Parteigenosse Papp in Erfurt bestraft worden, weil er Gelder entgegengenommen für den Inhabitenfonds. P. macht bekannt, daß er in Zukunft keine Aufsätze mehr erlassen werde, und bittet die Geber, die Verwendung der Gelder ihm zu überlassen.

— **Wegen Teilnahme bezw. Ausführung eines polizeilich nicht genehmigten Umzuges** sind die Genossen Siegmund und Fahrenkam in Erfurt vom dortigen Schöffengericht zu 8 bzw. 15 M. Strafe verurteilt worden. Fahrenkam erhielt die 15 M. zuzüglich, weil er als Leiter des Umzuges angesehen wurde, da er einen Eylinderhut getragen und voranmarschiert sei. Wegen Genossen Reichhaus, der ebenfalls mit angeklagt war, mußte die Verhandlung vertagt werden wegen seiner Immunität als Reichstags-Abgeordneter.

— **Genosse Rudolph, Redacteur der Erfurter „Tribüne“,** hat am 5. d. M. das Gefängnis verlassen, wo er seit dem 20. April wegen seiner Preßthünden Buße gesau hatte.

— **Vom sächsischen „Zitel“.** Die Dresdener Polizeidirektion verbietet dem dortigen polnisch-sozialistischen Verein seit dessen Bestehen konsequent, in den Versammlungen die Unterhandlungen in polnischer Sprache zu führen. Das Vereins- und Versammlungsgesetz enthält nun aber nicht eine einzige Bestimmung, die auch nur so angelegt werden könnte, als ob die Polizeidirektion im Rechte wäre. Es wurde gegen diese daher Beschwerde geführt, die jetzt auch von der höchsten Instanz, vom Ministerium des Innern, als unberechtigt zurückgewiesen ist. Es wird vom Ministerium ausgeführt, daß das Vereins- und Versammlungsgesetz selbst zwar keine diebezügliche Handhabe bietet, es müsse aber den Behörden das Recht zustehen, in jedem einzelnen Fall zu entscheiden, inwieweit etwa ein „Mißbrauch“ des betreffenden Gesetzes getrieben werde. Das Ministerium habe den materiellen Inhalt des einzelnen Falles gar nicht zu prüfen. Wenn z. B. die Polizei der Meinung ist, daß durch Anwendung der polnischen Sprache die Ueberwachung der Versammlung erschwert oder unmöglich gemacht wird, und deshalb ein Mißbrauch des Versammlungsrechtes möglich ist, so muß das der Beurteilung der Polizeibehörde überlassen sein. Diese ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, Versammlungen, die unter Mißbrauch des Gesetzes stattfinden, zu verhindern bezw. zu verbieten. Begegnenderweise beruft sich das Ministerium dabei auf Ausführungen in der ersten Kammer, die dort bei Schaffung des Gesetzes — im Jahre 1850! — nach der Richtung hin gemacht worden sind. Das schon allein kennzeichnet diesen Entscheid, der die „Tatilde“ der Polizei abermals erweitert.

— **Kein Schandgesetz.** In München sind eine ganze Reihe Parteigenossen mit Vorladungen vor das Amtsgericht München I bedacht worden. Sie alle erscheinen „hinreichend verdächtig“, groß genug zu haben, weil sie das Justizhausgesetz ein Schandgesetz nannten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Drehschloß! Am Dienstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, die Wahl des Gesellen-Kassenschuffes der Zwangsinnung statt. Zur Teilnahme an der Wahl sind alle bei Drehschloßarbeitern beschäftigten Gesellen, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, berechtigt. Krankenentlassung und Invalidenartur legitimiert. Es ist dringend notwendig, daß sich die Arbeiter recht rege an dieser Wahl beteiligen.

Achtung, Schuhmacher! Wie uns aus Erfurt mitgeteilt wird, sucht die Geschäftsleitung der Deutschen Schuhfabrik in Berlin Wider zu werden. Wir machen unsere Kollegen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich die Kollegen der Deutschen Schuhfabrik im Streik befinden und erlauben den Zugang nach dort fernzuhalten.

Am Sonntag findet im Osten Berlins in Sachen des Tschischen Boykotts eine Flugblattverbreitung statt. Wir eruchen die Kollegen, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treffpunkt ist morgens 7 Uhr bei Vod, Grüner Weg, Ecke der Kopenstraße.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Bergarbeiter-Unruhen in Serne.

Poschum, 6. Juli.

Der Serner Aufruhr hat doch vielen bürgerlichen Zeitungen, welche bisher vor der drohenden Gefahr wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckten, die Zunge gelöst, und die Fesseln der Verwaltung lösen dabei nicht immer am besten weg. Nur wenige Stimmen erheben sich noch, um aus angebornem Haß gegen die Arbeiterbewegung den „alten Verband“ und seine Agitatoren für die unter den Polen ausgebrochene Erregung verantwortlich zu machen. Nun, wenn der Verband unter der rein polnischen Bergarbeiter-Bevölkerung einen nennenswerten Anhang gehabt hätte, so wäre der „Gornik“ weiter gedruckt und verbreitet worden; daß man denselben eingehen ließ, ist der beste Beweis, daß auf die Bearbeitung der Polen im Sinne der gewerkschaftlichen Bewegung kein zu großes Gewicht gelegt wurde, weil sich die Leute nicht zugänglich erwiesen. Daß man die Polen schon nach dem Streik von 1880, besonders auf Grund des Serner Reviers verhältnißlos und eher zwei Polen als einen deutschen Arbeiter anlegte, geben jetzt viele bürgerliche Zeitungen, auch Centrumsblätter, zu, die bisher über solches Gefahren geschwiegen, dem zur Zuwachs an Rathhalten hat der römisch-katholischen Geistlichkeit ja immer gefallen. Schon 1893 zeigten sich die Früchte dieser „Festhalten“. Nach einer damals vom Verghauptmann Zäglich bed. ausgenommenen Statistik waren im Oberbergamts-Bezirk Dortmund bei einer Gesamtbelegschaft von 188 308 Köpfen nur 87,42 Proz. Söhne von Bergleuten vertreten. Unter der Gesamtkirchener Belegschaft waren schon 61,02 Proz. Eingewanderte, unter der Recklinghausen 45,55 Proz. und unter der Serner 39,80 Proz.; während die Zahl der von bergmännischen Vätern abstammenden nur 27-28 Proz. betrug. Das polnische Element war vorwiegend; 11,83 Proz. der Gesamtbelegschaft sprachen polnisch. Ingesamt waren 90 Sprachen unter den Bergleuten vertreten. Natürlich haben sich seit 1893 die Zahlen noch zu Ungunsten der Einheimischen verschoben. Wie die „Weid. Volkszeitung“

aber noch konstatiert, klagen unsere einheimischen Vergleute nicht nur von einer Seite, nein, von fast allen Seiten, daß man den aus der Fremde herbeigezogenen Arbeitern nicht allein die besten Arbeiten zuweist, sondern auch für dieselbe Arbeit besser bezahlt. Besonders wenn ein Vater mit seinem Sohne und einem fremden Arbeiter auf derselben Stelle arbeitet, muß der Sohn billiger arbeiten als der mit ihm dieselbe Arbeit verrichtende fremde Arbeiter; kehrt der Sohn ab, wird der Vater mit abgehändelt, und wenn er noch so lange dort gewesen ist. Das Streben der Gewerkschaften in dieser Hinsicht ist ja leicht erklärlich, man will sich einerseits billige Arbeiter sichern und andererseits durch Bevorzugung der fremden Arbeiter wieder andere fremde Arbeiter heranziehen, um dem Arbeitermangel abzuhelfen zu können — aber die verwerflichen Mittel können auch leicht verderblich werden.

Mit dieser Mahnung schließt das oben citierte gut bürgerliche Blatt, dem wir noch etwas aus unserer Erfahrung hinzufügen wollen. Gestern früh holte mich auf dem Wege nach Bockum eine Frau ein, die, wie sie mir erzählte, sich als Zeitungsausträgerin einen kleinen Verdienst verschafft hatte. Es war eine Bergmannswitwe, deren Mann nach 20-jähriger Bergarbeit an der Schwindsucht gestorben und ihr einen Pensionsanspruch von monatlich 30 Mark hinterlassen hatte, wovon sie mit fünf Kindern nicht leben kann. Ihr Kellner, der zu Ostern die Schule verlassen, suchte sich auf dem Schacht Arbeit und bekam als Transporteur über Tage — zwanzig Pfennig Lohn täglich; der arme Kerl brach im Betriebe das Bein und ist seit 12 Wochen arbeitsunfähig. Also für diesen geringen Lohn hat der Bergmannssohn, dessen Vater seine Gesundheit auf dem Schachte geopfert, auch schon Hals und Beine riskieren müssen. Kein Wunder, daß man im Ruhrrevier nach militärischer Disziplin schreit, man fürchtet das Aufgehen der Saat, welche die Betriebsleitungen mit kaltem Blute ausstreuen.

Die Polen Adamski und Ostrowski, die unter dem Verdacht, die „Haupt-Verheber“ des Streiks und der Straßkämpfe zu sein, verhaftet worden waren, sind, wie uns soeben mitgeteilt, aus der Haft entlassen worden, da gegen sie, die nur die Vertreter bzw. Verbreiter der „Gazeta Robotnicza“ sind, absolut nichts vorliegt. Außer diesen beiden sind 5 weitere Verhaftete auf freiem Fuß gesetzt worden.

Ueber den Zimmererstreik in Jena wird uns geschrieben: Der Streik, welcher am 7. v. M. begonnen hat, wird immer noch mit ungeschwächten Kräften fortgeführt. Die Zimmermeister wollen die Verächtlichmachung der gestellten Forderung auf Einführung eines Minimal-Stundenlohnes von 35 Pf. immer noch nicht anerkennen, auch zeigen sie sich zu keinerlei Unterhandlungen geneigt; sie haben sogar die ihnen seitens des Gewerkschaftsrates angebotene Vermittelung zur Verlegung der Differenzen in einer Versammlung des Arbeitgeberbundes im Vaugewerbe, in dem die Zimmermeister übrigens die Majorität besitzen, einstimmig und rundweg abgelehnt. Der in der Lokalpresse gemachte und eingehend erläuterte Versuch, das Gewerbeamt als Einigungsamt zur Intervention zu veranlassen, darf so ziemlich als gescheitert betrachtet werden, da der Vorsitzende des Gewerbeamtes eine Anrufung der Parteien abwarten will. Die ganze Angelegenheit scheint dadurch soweit gebrochen zu sein, daß voraussichtlich in den nächsten Tagen der Entscheid über die Fortdauer der Bewegung fallen wird.

Der Maurerstreik und die Polizei in Dresden. Gegen die streikenden Maurer scheint die Polizei, nachdem der Streik in den letzten Tagen wieder in ein lebhaftes Stadium getreten ist, in bekannt schneidiger Weise vorgehen zu wollen. Sistierungen sind in den letzten Tagen mehrfach ohne ersichtlichen Grund vorgekommen. Vor allem hat man es hier aber auf die Streikposten abgesehen. Einige ruhig ihres Weges gehende Streikende wurden von einem Gendarmen in der gewöhnlichen Weise mit Worten wie: Lumpen-gefindel, Sagabunden etc. beschimpft und beleidigt. Ein Streikleiter, der Maurer Horter, ist verhaftet worden, weil er mit einem Streikbrecher, der eine unermesslich hohe Geldforderung zur Abreise stellte, in einen lebhaften Wortwechsel geriet. Weil der Mensch das Geld nicht bekam, denunzierte er Horter, der schon wegen der vorjährigen Lohnbewegung wegen geringfügiger Dinge in zwei Fällen zu Gefängnisstrafen verurteilt wurde. Unter den Streikenden ist ein Flugblatt verteilt worden, in welchem in sehr scharfen Ausdrücken gegen die Streikbrecher polemisiert wird. Das Streikkomitee weiß von dem Flugblatt nichts und weist die Verantwortung dafür zurück. Es scheint sich um eine Spionagearbeit zu handeln. Die Streikenden verhalten sich musterhaft und lassen sich nicht provozieren. Am Mittwoch haben wiederum 84 Maurer auf 5 großen Bauten die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitswilligen erweisen sich fast durchweg als völlig unbrauchbare Leute, die mit der in Dresden gebräuchlichen Arbeitsmethode nicht vertraut sind. So erklärte ein Baumeister in Lobtau, daß die Dresdener eingezeichneten streikenden Maurer eher 60 Pfennige die Stunde verdienen, als die nicht eingezeichneten 40 Pfennige. Die Herren Unternehmer sind aber durch die Innung und Konventionalsstrafe zu ihrem eigenen Schaden gebunden. So ist die Situation äußerst günstig für die Streikenden.

Lohnforderung als Erpressung zu kennzeichnen und zu bestrafen, blieb bekanntlich den Dresdener Gerichten vorbehalten. Der Maurer Duda war es, der deswegen von allen Instanzen zu der ungeheuerlichen Strafe von sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt wurde. Durch eine Gewerbeamts-Verhandlung hat aber dieser Fall eine Erklärung gefunden, die geeignet sein dürfte, ihm eine neue Wendung zu geben. Duda klagte gegen den Bauunternehmer Müller auf 74 Pf. Lohnrest vom vorigen Jahre. Der Anspruch gründet sich darauf, daß Duda die erste Woche 45 Pf. Stundenlohn, in der zweiten Woche aber nur 43 Pf. Stundenlohn ohne jede weitere Benachrichtigung erhielt. Müller hat in seiner Arbeitsordnung einen Paragraphen, der festsetzt, daß ohne weiteres Lohnerböschung und Lohnherabsetzung eintreten kann. Die Lohnherabsetzung sollte durch schlechte Arbeit Duda geboten sein, und zwar sollen die Ziegelschichten 3-4 Centimeter gegangen haben. Als Zeuge war der Polizei Zimmermann erschienen. Er erklärte, daß ihn Müller auf das Mauerwerk aufmerksam gemacht habe, jedoch war der Fehler nicht zu groß, das Mauerwerk sei auch nicht weggerissen worden, sondern sehe heute noch, auch können bisweilen beim Mauern ganz andere technische Fehler vor. Im übrigen habe Müller ihm erklärt, sämtliche Leute hätten gut gearbeitet. Der erschienene Vertreter des beklagten Baumeisters zahlte den eingeklagten Betrag freiwillig.

Belanntlich waren die Gerichte seiner Zeit zur Verurteilung des Duda wegen Erpressung gekommen, weil er angeblich als Vorkämpfer streikender Maurer auf dem Bau zu dem Bauunternehmer Müller gesagt hatte, wenn er nicht die Forderung der Maurer auf 45 Pf. Lohn die Stunde bewillige, so werde die Platzsperr über seinen Bau verhängt werden. Das legte der Gerichtshof als Drohung aus. Um nun die Strafthat der Erpressung zu konstruieren, schloß indes noch der Versuch, mit dieser Drohung einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu erreichen. Den rechtswidrigen Vermögensvorteil fand der Gerichtshof in einer „Lohnherabsetzung gegenüber den vereinbarten Lohnbedingungen.“

Ganz abgesehen von der unersetzlichen Sache unzulässigen Auslegung einer Lohnherabsetzung als rechtswidrigen Vermögensvorteil, hat es sich nun damals gar nicht um die Erhöhung eines vereinbarten Lohnes, sondern um den Widerstand gegen die Herabsetzung des vereinbarten Lohnes gehandelt. Namentlich hat Duda die Herforderung, die ihm aus dem Arbeitsverhältnis bei Müller zustand, nachträglich noch eingeklagt und erhalten. Damit ist aber dem Urteil des Landgerichts gegen Duda völlig der Boden entzogen. Es ist nunmehr unmöglich, den Widerstand

Duda und der anderen Maurer gegen die Lohnherabsetzung noch als den Versuch, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, anzulegen. Damit fällt dann auch der „Erpressungsversuch“. Es wird nun notwendig sein, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu betreiben, um wenigstens nachträglich noch dem Rechte zum Siege zu verhelfen und die schimpfliche Strafe des Ehrverlusts von Duda zu nehmen.

Der Augsburger Maurerstreik dauert fort. Die Streikenden stimmten in einer Versammlung, die von 174 Personen besucht war, mit 173 Stimmen für Weiterführung des Streiks. Um die Streikliste zu entlasten, erklärten sich sofort 73 Ausständige, darunter 20 Italiener, zur Abreise bereit. Von den streikenden Maurern sollen nur so viele Mann am Platze bleiben, als zur Erledigung der notwendigen Arbeiten und zur Stellung von Streikposten erforderlich sind. Das Ende des Streiks ist auf un-absehbare Zeit hinausgerückt. Das Publikum sympathisiert mit den Ausständigen, verurteilt scharf die Haltung der Unternehmer und ist entrüstet über die schimpflichen erlogenen Mittel, mit denen die Bauproten die minimalen Forderungen der Schiffsenschaft bekämpfen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Zahl der studierenden Frauen bzw. der Besuch weiblicher Hörer an den deutschen Universitäten hat in diesem Semester eine ganz beträchtliche Steigerung erfahren. An der Berliner Universität ist die Zahl der Hörerinnen noch bis auf 181 gestiegen. — Die Universität Halle zählt gegen 15 studierende Frauen des verfloffenen Semesters, von denen 10 der medizinischen, 9 der philosophischen Fakultät angehören und 13 Deutsche, 1 Engländerin und 5 Amerikanerinnen sind. — Breslau hat 28 Hospitantinnen aufzuweisen gegen 23 im Wintersemester. Von diesen studieren 26 Philosophie und 2 Medizin; 25 sind aus Preußen, 3 aus Rußland. — In Bonn hat sich der Besuch von 26 im verfloffenen Semester auf 45 im laufenden gesteigert, wovon 42 der philosophischen und 3 der medizinischen Fakultät zugeteilt sind. Der Nationalität nach sind von den 45 Hörerinnen 41 Deutsche, 1 Engländerin, 2 Russinnen und 1 Französin. — Die Universität Heidelberg kann sich 13 weiblicher Studierender rühmen gegen 12 im Wintersemester, von denen 11 philosophischen und 2 naturwissenschaftlich-mathematischen Studien obliegen. — An den Universitäten Tübingen und Erlangen hören je 5 und 4 Damen (württembergische und bayerische Lehrerinnen) einzelne philosophische Vorlesungen. — Einen Rückschlag in dem Besuche weiblicher Studierender hat dagegen die Universität Wien zu verzeichnen. Während die Zahl derselben im Wintersemester 91 betrug, beläuft sich dieselbe gegenwärtig nur auf 71.

Das englische Unterhaus hat am Donnerstag mit 243 gegen 174 Stimmen das Amendement des Oberhauses zur Londoner Lokalverwaltungsbill angenommen, nach welchem Frauen als Aldermen und Räte nicht wählbar sind.

Sociales.

Aus dem Gegenwartsstaat. Aus Würzburg wird gemeldet: Die hochschwangere Wirtsträgerin Barb. Bernhard starb von einem Reuban in der Florstraße ab und erlitt schwere innere Verletzungen. Sie verstarb sofort nach ihrer Ueberführung ins Spital.

Gerichts-Beitrag.

Ein ganzes Warenlager gestohlener Sachen, die dem Wertheimischen Geschäft entstammen, wurde gestern im Saale der fünften Strafkammer des Landgerichts I aufgestapelt, um gegen die Frau Nagel aus Spandau, jetzt in Charlottenburg wohnhaft, deren Ehemann, den Bureauassistenten einer Spandauer Munitionsfabrik, Nagel, und deren Tochter Frau Zeh als Ueberführungsstübe zu gelten. Frau Nagel war seiner Zeit wegen wiederholten Lebensdiebstahls zu 6 Monaten, die beiden anderen Angeklagten wegen Geheulerei zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden, alle drei hatten Verurteilung eingelegt. Am 19. Dezember wurde Frau Nagel in dem Wertheimischen Bazar in der Oranienstraße dabei abgefaßt, als sie eine Ledertasche verschwinden ließ. Bei der sofort vorgenommenen Vernehmung fand man bei ihr noch ein Puppenfeld, drei Schlippe und einen Rest Leinwand. Sie wurde insofern zur Polizei sifiziert und der Vorfall telephonisch der Spandauer Polizei mit dem Ersuchen gemeldet, in der Nagelschen Wohnung Hausdurchsuchung abzuhalten. Letztere mußte zu der Annahme führen, daß Frau Nagel ganz systematisch Raubzüge in die Wertheimischen Geschäfte ausgeführt haben muß, denn es wurden daselbst sehr zahlreiche, dem Wertheimischen Geschäfte entstammende, offenbar gestohlene Gegenstände, wie Stiefel, Taschen, Wäsche, Kleidungsstücke, Pelzjacken etc. vorgefunden. Das vom Kriminalkommissar in Gegenwart Wertheimischer Angestellter vorgenommene Verzeichnis umfaßte nicht weniger als 78 Nummern. Der die Hausdurchsuchung abhaltende Beamte hielt es für notwendig, in Gegenwart des Ehemannes Nagel auch den zur Wohnung gehörigen Keller zu revidieren und sah dort hinter einem Klobenverort eine Tonne stehen, die nach der Vernehmung des Nagel Kartoffeln enthalten sollte. Als er über die Kisten hinweg kletterte und den Tonnendeckel abhob, stellte er fest, daß der Inhalt gleichfalls aus Gegenständen bestand, die aus dem Wertheimischen Geschäft herstammten, als Weihnachtsgeschenke für Familienangehörige verpackt und von dem Angeklagten mit den Adressen der einzelnen Personen versehen worden waren. Schließlich wurde auch bei der Tochter der Frau Nagel Hausdurchsuchung abgehalten und dort gleichfalls eine große Anzahl von Wertheimischen Gegenständen vorgefunden, die die Tochter gefändlich von der Mutter geschenkt erhalten hatte. In der gestrigen Verhandlung spielte sich die Frau Nagel mit solchem Nachdruck als die ehrliche Frau auf, daß ihr der Gerichtshof eine Ungebühre Strafe von 24 Stunden Haft auferlegte. Im übrigen glaubte ihr auch die zweite Instanz nicht, daß eine Frau ihres Standes so viele verschiedene Sachen, die einen Wert von über 400 M. darstellten, ohne direkten Verwendungsgrund „laufen“ und unbenutzt aufstapeln würde. Auch die Strafkammer hielt es nicht für zweifelhaft, daß es sich um fortgesetzte Lebensdiebstähle handelte und bestieg es bei ihr und bei der Tochter bei der erkannten Strafe. Gegen den Ehemann Nagel wurde nur eine Strafe von 14 Tagen Gefängnis festgesetzt, da der Gerichtshof mit dem Rechtsanwalt Dr. Gabriel der Ansicht war, daß nur Begünstigung vorliege.

Brandstiftung. Vor dem Schwurgericht in Greifswald wurde am Mittwoch gegen den 21-jährigen Schlichterjungen August Dumppig aus Berlin wegen vorsätzlicher Brandstiftung verhandelt. D. hatte in der Nacht zum 14. April d. J. zu Greinerdof aus Rache eine Stallung angezündet, in der vier Menschen schliefen. Diese sowie über 100 Stück Vieh und große Erntevorräte wurden ein Raub der Flammen. Dumppig wurde zu lebenslanglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust verurteilt.

Kritik zweier Urteile eines Gerichts. Vom Landgerichte Halle a. S. ist am 25. April d. J. der Redacteur des „Vollblattes“, unser Parteigenosse Wilhelm Swienty in Halle, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dem beleidigten Schöffengerichte in Eisleben ist die Publikationsbefugnis zugesprochen worden. Der Angeklagte hatte unter Ansehung an einen objektiven Bericht des „Eisleber Tagesblattes“ in seinem Blatte mitgeteilt, daß das Schöffengericht zu Eisleben am 31. Dezember v. J. den Müller und Landwirt H. wegen gefährlicher Körperverletzung (er hatte mehrere Personen, die Wehren auf seinem Felde lasen, gemißhandelt und mit einem Stode geschlagen) zu 100 M. Geldstrafe verurteilt hat, obwohl der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis beantragt hatte, ferner, daß dasselbe Gericht am selben Tage den Geschworfener S. (der seine Frau ohne jeden Anlaß in ähnlicher Weise über Kopf und Hände geschlagen hatte) zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt habe. Beide Urteile waren im „Vollblatt“ dadurch in

Gegenstand gebracht, daß die Berufstätigkeit der beiden Angeklagten gegeneinander gehalten wurde und daß S. noch besonders als „amer Zeisel“ bezeichnet wurde. Auch waren die eben erwähnten Worte „ohne jeden Anlaß“ fortgelassen. Das Landgericht hat in dieser Darstellung der Sache die Absicht des Angeklagten erlirkt, das Schöffengericht der Parteilichkeit zu Gunsten des Bestehenden und zu Ungunsten des nichtbestehenden Angeklagten sowie der bewyhten Rechtsbeugung zu bezichtigen. — Die Revision des Angeklagten, welche darzulegen suchte, daß es sich nur um eine zulässige Kritik gehandelt habe, wurde gestern als unbegründet vom Reichsgericht verworfen.

Versammlungen.

Für die Errichtung einer Zwangsinnung für die Tischlerbetriebe hat sich eine von der hiesigen Tischlerinnung einberufene und von etwa 200 Personen besuchte Versammlung am Donnerstag abgehalten. Als Referenten waren der Reichstags-Abgeordnete Euler (Centrum) und der konservativ-antifeministische Reichstags-Abgeordnete Pauli erschienen, die fast 3 Stunden redeten, um die Versammelten für die Zwangsinnung zu begeistern. Nebenbei ist das neue Innungsgesetz allerdings nicht weitgehend genug, sie schwärzten für obligatorische Innungen mit Befähigungsnachweis als einziges Abwehrmittel, das dem Handwert den „goldenen Boden“ wieder bringen soll, aber es müsse doch zur Schaffung einer starken Organisation durch Errichtung der Zwangsinnung ausgenutzt werden. Herr Euler meinte, daß nach 5 bis 6 Jahren eine Veränderung des Gesetzes vorgenommen und obligatorische Innungen gesetzlich zur Einführung gelangen, wobei voranschicklich auch der Befähigungsnachweis wieder zur Geltung kommt. Von diesem Redner erfuhr die Versammlung noch, daß am 4. und 5. d. M. in Weimar eine sehr zahlreich besuchte „zwanglose Besprechung“ stattgefunden hat, an der sich neun Regierungsbeamte, darunter „sehr hohe“ beteiligt haben (für den Bauarbeiterkongress hatte die preussische Regierung bekanntlich keinen einzigen Beamten disponibel) und die sich einstimmig für die Schaffung von Zwangsinnungen aussprach. Während Herr Euler sich in seinen übrigen, verhältnismäßig sachlichen Ausführungen mit einigen nicht mißzuverstehenden Seitenhieben auf die Umstürzler der Ordnung, die Socialdemokratie beugte, polterte der Herr Pauli ganz so wie bei der verfloffenen Reichstagswahl die widerwärtigsten Dinge gegen unsere Partei hervor. Natürlich erzählte er auch von den bezahlten Agitatoren, die sich von den Arbeitergroßen mästen und die den Handwerkerstand bekämpfen. Dieser Herr behauptete u. a., daß immer unter 10 Gesellen kaum 2 tüchtige Arbeiter zu finden wären, daß die übrigen 8 Gesellen Stümper sind und gerade die letzteren sich der feindlichen Partei des Mittelstandes, der Socialdemokratie, anschließen, Unfrieden in den Werkstätten stiften und, obwohl sie nichts leisten konnten, noch gute Löhne haben wollten. Ebenso schlecht wie die Socialdemokratie kamen bei diesem Redner auch die für die Provinz Brandenburg maßgebenden Behörden weg, von denen er behauptete, daß sie das Gesetz nicht richtig auffassen und, im Gegensatz zu den Behörden in anderen Provinzen, den Innungen alle möglichen Schwierigkeiten machen. Es müsse deshalb die Aufgabe der Innungen sein, diesen Behörden energisch entgegenzutreten. Außer dem Obermeister Marschall traten noch einige andere Redner für die Errichtung einer Zwangsinnung ein, während sich Herr Pögel, bei dessen Ausführungen ein großer Tumult entstand, gegen eine solche wandte. Die Beschwörer der Zwangsinnung plädierten fast ausschließlich für diese Art Organisation mit der Begründung: um die Socialdemokratie zu bekämpfen, den Forderungen der Arbeiter wirksam entgegenzutreten und damit der Meister wieder „eigener Herr im Hause“ wird und uneingeschränkt schalten und walten kann.

Die Herr Marschall mittelste, haben sich von den Inhabern der 2800 in Betracht kommenden Betriebe bereits infolge einer vor einigen Tagen stattgefundenen privaten Umfrage 1467 für die Errichtung einer Zwangsinnung erklärt. Die gesetzliche Abstimmung nimmt am nächsten Montag ihren Anfang. Ueber die in Aussicht stehende Lohnbewegung der Bautischler, die ebenfalls auf der Tagesordnung stand, wurde der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr verhandelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 7. Juli. (Privatdepesche.) In heutiger Sitzung des Gemeinderats wurden wegen der gestrigen Vorgänge drei Interpellationen eingebracht. Lueger wurde dazu aufgefordert, die Beschimpfungen der Arbeiter zurückzunehmen und die Polizei wurde ob ihrer Rücksichtslosigkeit scharfstens getadelt. Lueger antwortete verlegen: er hätte nicht alle Arbeiter gemeint, auch er sei beschimpft worden; er hätte nur die gemeint, die Katzenmusik bringen und auf diese Elemente paktete seine Worte. Die Interpellation wegen der Polizei werde er dem Polizeipräsidenten wegen Erregung weiterer Maßregeln (offenbar um Klage zu erheben) übermitteln.

Heute hielten die Demokraten eine Versammlung ab, die nach wenigen Minuten aufgelöst wurde, weil ein Teilnehmer „hoch Belgien“ gerufen hatte. Nächsten Donnerstag haben die Liberalen Versammlung in das Kolosseum einberufen.

Leipzig, 7. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird gemeldet. Infolge anhaltenden Regens ist heute zwischen Weischen und Deuben auf eine kurze Strecke der Damm gerutscht. Die Jüge verkehren nur zwischen Corbetta und Weischen. Die Störung wird bis morgen nachmittag behoben sein.

London, 7. Juli. (W. Z. V.) Unterhaus. Campbell-Dunman richtet an den Ersten Lord des Schages Walfour eine Anfrage hinsichtlich des anscheinend offiziellen Communiqués in der „Times“ über die Entsendung von Truppen nach Süd-Afrika. Walfour erwidert, er habe keine Ahnung davon, daß die Meldung der „Times“ ein Communiqué sei. Er habe zu erklären, daß noch kein Ereignis eingetreten sei, das, nach der Ansicht der Regierung, es erforderlich mache, die in Süd-Afrika stationierten Truppen in irgend einer Hinsicht zu vernehmen. Die Regierung gehe jedoch von dem Gedanken aus, daß es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge notwendig sei, Schritte zu thun, um die Streitmacht in Süd-Afrika, was Stärke und Beweglichkeit betreffe, auf den geeigneten Stand zu bringen. (Weifall.)

London, 7. Juli. (W. Z. V.) Handelsausweis. Die Einfuhr im Monat Juni zeigt eine Abnahme von 688 302 Pfund Sterling; die Ausfuhr eine Zunahme von 2 566 371 Pfund Sterling; darunter 621 931 Pfund Sterling für nicht als britische eingetragene neue Schiffe, welche in den vorjährigen Handelsausweisen nicht aufgeführt waren.

Glasgow, 7. Juli. (W. Z. V.) Die Vertreter der schottischen Häftenbesitzer beschloßen in einer heute abgehaltenen Konferenz, die Forderung der Arbeiter auf 10prozentige Lohnherabsetzung zu bewilligen.

Belgrad, 7. Juli. (W. Z. V.) Infolge der gravierenden Aussagen des verhafteten Attentäters Ancevic wurden nachts der ehemalige Minister Tauschanovic, der Advokat Zinjovic, der Ministerialinspektor Stephan Protic, der Oberleutnant Kicolie, sowie Nicola Pasic, 14 andere Notable und Radikale und mehrere antichristliche Geistliche, ferner das gesamte Druckpersonal des „Objel“ verhaftet.

New York, 7. Juli. (W. Z. V.) Die Garnison Galveston ist das Brauohal hinausmarschiert, um einigen hundert, durch die Ueberfluthung abgeheulerten und verhungerten Lebensmittel zu bringen; man glaubt, daß viele derselben vor Ermattung umgekommen sind, weil sie seit drei Tagen ohne Lebensmittel waren.

Lokales.

An die Arbeiter des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises
Süd-Osten richten wir wiederum die Mahnung, sich zu organisieren. In einer Zeit, wo man verneint mit Gesetzen, wie das Jugendgesetz es ist, die länglichen Rechte des Arbeiters zu schmälern, da mühte es jedem denkenden Menschen klar werden, daß es nur möglich ist, durch einen festen Zusammenhalt das arbeitende Volk zur Abwehr zu rufen. Trete deshalb jeder neben seiner gewerkschaftlichen, auch der politischen Organisation, dem Wahlverein bei. — Aufnahmen finden jederzeit statt in folgenden Wahlstellen: Erbe, Euterstraße 25. Bonell, Baldensteinstr. 5. Tolkendorf, Götterstr. 58 (Ecke Sorauerstr.). Kubisch, Forsterstraße 17. Weher, Mannesfeldstr. 111. Bachmann, Eisenbahnstr. 15. Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a. Seidler, Ratiborstr. 16. Schid, Ronnefeldstr. 74. Holz, Grünauerstr. 3. Martin, Rannstr. 80. Th. Wehner, Oranienstr. 184. Karl Scholz, Wrangelstr. 110. Köppen, Köpckeplatz 20a. Geise, Brangelstr. 85 und Fritz Thiel, Stalitzerstr. 85 („Vorwärts“-Expedition). — Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Gleichzeitig machen wir die Mitglieder des Wahlvereins darauf aufmerksam, daß in der am 18. Juli stattfindenden Versammlung die Broschüre „Die Jugendverhältnisse im Reichstage“ gratis an alle Mitglieder abgegeben wird. Ausgeschlossen bleiben diejenigen, die über zwei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind.
Der Vorstand.

Auf unsere sozialen Zustände hat der Prozeß gegen die eheverlassene Frau Entsch ein großes Schlaglicht geworfen. Eine von Not und Entbehrung geplagte Frau, die schließlich auch die letzte geringe Unterstützungsmöglichkeit verliert, wird zu der Verzweiflung getrieben, sich und ihren vier Kindern den Tod zu geben; sie verzweifelt daran, daß es ihr noch weiter gelingen wird, den Kampf mit allen Widerwärtigkeiten und Vordritten, die ihr im Leben entgegenstehen, aufzunehmen zu können und wahrlich, wenn man das Mißgeschick der Ärmsten sich vergegenwärtigt, dann kann man es begreifen, wenn sie diesem Leben den Tod vorzieht. Das Schwurgericht hat die des verstorbenen Nordes Angeklagte unter dem Eindruck des ganzen Jammers, der sich vor den Geschworenen abspielte, freigesprochen, und damit gewiß dem Empfinden weiter Volkskreise entsprochen. Aber mit der Anklage gegen die von Jammer und Not geplagte entsetzt die Anklage gegen die heutige Gesellschaft, die der Verzweifelten nicht die Möglichkeit bot, ein dürftiges Fortkommen aus eigenen Kräften zu finden. Und da, wo sie Unterstützung sucht, tritt ihr Hohn und Schroffheit entgegen. Niemand hat Mitleid mit ihrer Lage, sondern nur harte Jurisdiktion empfängt sie. Wir wollen der Armenverwaltung nicht die Mißthat eines Beamten zum Vorwurf machen; wir erwarten, daß der Mann, der einer armen und dürftigen Frau den Rat gibt, sich einen reichen Bräutigam zu suchen, seines Amtes entsetzt wird; aber es ist auch dringend notwendig, daß peinlichere Auswahl in der Heranziehung der Personen zu solchen Contoren getroffen wird. Die Klagen über schroffe Behandlung, die den Armen an dieser Stätte zu teil werden sind nicht verzeigbar.

Und noch eins: ist es nicht geradezu beschämend für eine Gemeinde wie Berlin, wenn sie für die Unterstützung einer in so hilfloser Lage sich befindenden Frau ganze 12 M. pro Monat aufwendet? Das ist eine Unterstützung, die nicht den Namen verdient. Wo so große Summen bei so häufigen Gelegenheiten aufgewendet werden, die oft einen höchst zweifelhaften Wert haben, sollte nicht im Etat der Armenverwaltung gespart werden. Eine verständige Sozialpolitik schlägt solche Wege nicht ein, aber damit sieht es in unserer städtischen Verwaltung trübe aus.

Die Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes haben der Deputation zur Beschaffung von Brennmaterialien vor wenigen Tagen eine Petition unterbreitet, in der sie um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bitten. Betrachtet man die bescheidenen Zustände, welche in diesem städtischen Unternehmen aufzuweisen sind, so wird man zu der Ansicht gelangen müssen, daß die Arbeiter wirklich Ursache zur Unzufriedenheit haben. Trotzdem der größte Teil der städtischen Kohlenarbeiter bereits viele Jahre in städtischen Diensten steht, ist das Arbeitsverhältnis derselben nur ein sehr loses. Eine Kündigungsgesetz existiert nicht und können die Arbeiter jederzeit entlassen werden. Der größte Teil der Arbeiter wird in Accord ausgeführt und ist der Arbeitsbedienst ein sehr ungewisser. Vieles haben die Arbeiter „stünden“ und tagelang nichts zu thun, in anderem Falle müssen sie dagegen oft viele Stunden hintereinander durcharbeiten, ohne auch nur eine Pause machen zu können. Die Zeit, welche die Arbeiter brauchen, um z. B. von der einen nach der anderen Schale zu gelangen, wo sie Kohlen abladen sollen, wird ihnen nicht bezahlt. Ebenso wenig erhalten sie die Zeit einschichtig, welche sie eventuell auf den Kohlenwagen warten müssen. Die Accordlöhne sind gleichfalls zu niedrig, zumal den Arbeitern durch die Art ihrer Beschäftigung außergewöhnliche Ausgaben erwachsen. Regelmäßige Mittagspausen giebt es nicht, und da sie nie wissen, wo sie am anderen Tage beschäftigt sein werden, so können sie sich kein Mittagessen bringen lassen. Die Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist sehr verschieden, oft haben die Arbeiter erst um 9 oder 10 Uhr abends Feierabend. Stundenlanges Zubringen auf den Straßen zwingt die Arbeiter, namentlich bei kalter und feuchter Witterung warme und erfrischende Getränke zu sich zu nehmen. Einen nicht unerheblichen Teil des Arbeitsverdienstes erhalten also auf diese Art und Weise die Gastwirte. Oft kommt es vor, daß die Pferde den Kohlenwagen wegen zu schwerer Beladung nicht durch den Thorweg hindurch bringen können und die Kohlen dann von der Straße abgetragen werden müssen. Trotzdem die Arbeiter in diesem Falle beim Abtragen einen bedeutend weiteren Weg zurücklegen müssen, wird ihnen dafür in der Regel keine Entschädigung gewährt. Die Verwaltung erklärt dann, daß ihr dieses nicht angehe, da die Pferde und der Anscher von der Firma Nicolai gestellt werden. — Dann haben die Arbeiter in ihrer Petition noch einen anderen Wunsch ausgesprochen. Die milden Winter der letzten Jahre hatten zur Folge die Ansammlung großer Kohlenbestände auf den städtischen Gasanstalten. Daher wurden eine Reihe von städtischen Gasanstalten angewiesen, zukünftig den Coals der Gasanstalten statt der Kohle zur Feuerung zu benutzen. Nun hat man aber den Transport des Coals der Firma Nicolai übertragen, wodurch die städtischen Kohlenarbeiter in ihrer Existenz nicht unerheblich bedroht werden. Sie haben dadurch bedeutend weniger als in früheren Jahren zu thun, da die Firma Nicolai einen Teil ihrer früheren Arbeiten ausführt. Geben die Dinge so weiter, so wird sich ein Teil der städtischen Kohlenarbeiter nach anderer Arbeit umsehen müssen. Solche ist aber für Arbeiter, die jahrelang in städtischen Diensten standen, nur schwer zu erhalten, da der Privatunternehmer immer annimmt, daß sie irgend etwas verbrochen haben müssen, sonst würde die Stadt sie nicht nach langjähriger Beschäftigung entlassen. Die städtischen Kohlenarbeiter bitten daher in ihrer Petition, daß der Coals-Transport ihnen übertragen werden möchte. Die Stadt würde dabei auch finanziell besser fahren, indem der Gewinn des Unternehmers ihr zu gute kommen würde.

Ferien! Den vollen Haube dieses Wortes vermag nur zu fassen, wer noch jung ist. Wenn die Schulen wieder auf ein paar Wochen ihre Pforten schließen, dann klingt es in Berlin, wenn auch nicht aus 250 000 Mäulern, so doch in ebenso vielen Herzen: „Hurra! Wir haben Ferien!“ Sie haben die Ferien ja alle herbeigesehnt! Ihre Jungen und Mädel: nicht alle gleich inbrünstig, aber doch recht von Herzen, — ob sie nun am Samstag stolz mit einer rühmlichen „Eins“ heimzeln dürfen oder ob sie ge-

luidt mit ihrer schimpflichen „Drei“ nach Hause schleichen müssen. Wer redlich gearbeitet hat, der hat sein gutes Recht auf Ferien und auch ein lebhaftes Verlangen danach; die andern aber braucht man ohne dieses nicht erst zu nötigen, wenn's in die Ferien gehen soll. Am ausgiebigsten ist der laute Jubel, am herzlichsten die stille Freude, wenn die Sommerferien da sind. Sie sind die längsten und schönsten, — sie sind aber auch die notwendigsten. Es giebt freilich Leute, die nicht recht einzusehen vermögen, wieso die Schuljugend überhaupt Ferien nötig haben soll. Selbst unter den Lehrern fehlt es nicht an solchen wunderlichen Sätzen, wenn sie auch nur Ausnahmen sind. Wir kannten einen Lehrer, der jedesmal beim Schluß der Ferien mit den brünnigen Worten zu entlassen pflegte: „Na, nun werdet Ihr Euch wohl wieder gründlich verfaulenzen! Ihr brauchtet wirklich keine Ferien! Ihr Euch sind sie auch gar nicht für uns sind sie!“ Der gute Mann war auf dem Holzwege. Ferien sind für Lehrer und Schüler, und zwar für die Schüler sicherlich nicht weniger als für die Lehrer. Es ist bekannt, wie Schulbesuch bei längerer Dauer nicht bloß an die körperliche, sondern auch die geistige Kraft hohe Ansprüche stellt. Da bedarf es von Zeit zu Zeit einer größeren Ruhepause, eines völligen „Ausspannens“, wenn nicht schwerere Schädigungen eintreten sollen. Daß Ferien eine günstige Wirkung auf den Gesundheitszustand und die körperliche Entwicklung der Schuljugend ausüben, das ist ganz allgemein. In den Sommerferien ist die Wirkung am stärksten, weil sie am meisten den Aufenthalt im Freien gestatten. Nur einen Punkt wollen wir hier herausgreifen. Erholung ist für die Jugend nicht denkbar ohne Spiel, zu einem richtigen Spiel gehören aber Spielplätze. Leider bleibt aber in Berlin bei dem Mangel an Spielplätzen, bei der Abneigung der meisten Gemeindefunktionäre gegen die Vergabe der Schulhöfe ein großer Teil der Kinder für ihre Erholung und ihr Spiel auch in den Ferien immer wieder auf die Straße angewiesen. Wie vielen ist freilich selbst dieses geringe Vergnügen verweigert, wie viele Schulkinder müssen gerade in den Ferien noch mehr als sonst für den Brotverdiener arbeiten!

In Berlin haben immer noch die höheren Schulen fünf, die Gemeindefunktionäre nur vier Wochen Sommerferien. Haben die Volksschüler die Erholung nicht mindestens ebenso nötig wie die Schüler höherer Anstalten? Man hat gesagt, in fünf Wochen „verwildern“ die Kinder nur noch mehr als in vier. Auch Eltern, die „schon“ nach der ersten Ferienwoche nicht wissen, wo ihnen der Kopf steht“, schließen sich diesem Urteil oft an. Aber sollen denn die pädagogischen Bedenken — wenn sie hier überhaupt begründet sind — nicht wenigstens in den paar Ferienwochen den gesundheitslichen Wünschen untergeordnet sein? Gönnt doch den Kindern das bisherige Ungebetenheit und Freiheit! Für die Kinder der Unbemittelten ist die Jugend ja ohnedies kurz genug. Wenn sie mit dem 14. Jahre die Schule verlassen, dann ist es mit den „Ferien“ in der Regel für immer vorbei. Für den Arbeiter, der jahraus jahrein in Dienste des Kapitals frohaden muß, hat dieses Wort seinen Hauberlang verloren. Richtig hätte allerdings auch er seine Ferien, tausendmal nötiger als so mancher Wohlhabende, der sich im Sommer nur von der Anstrengung erholt. Wer redlich gearbeitet hat, der hat sein gutes Recht auf Ferien, das sollte für die Erwachsenen ebenso wie für die Jugend gelten. Aber die Rücksicht auf den Erwerb gestattet dem Arbeiter kein „Ausspannen“; er muß froh sein, daß er sein bißchen Sonntagsruhe hat.

Die Mauer am Schloßkanal, gegenüber dem Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm, denmal ist banfällig und soll durch eine neue Mauer ersetzt werden. Die Ministerial-Baukommission hat dem Magistrat einen Vorschlag für die neue Uferbegrenzung gemacht, die von der jetzigen sich dadurch unterscheidet, daß an Stelle der vorhandenen geträmmerten Linie eine gerade Linie zur Aufbesserung gelangt. Das Magistratskollegium hat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung dem Projekt für die Lage der neuen Uferlinie seine Genehmigung gegeben.

Was der Druckfehler des „alles verantworten muß“ zeigt eine Verächtung der „Staatsbürgerliga“, die dem jüdischen Gesellen folgendes aufbietet: „Ein Wunder ist's ja nicht, wenn bei dem Mißbrauch, den die Juden mit der Presse treiben, sogar der Teufel im Seperlasten schleicht auf sie zu sprechen ist, da wir aber keine Freunde ungerateter Beschuldigungen der Juden sind, so können wir es nicht ruhig hingehen lassen, wenn der Druckfehler den Juden mit Haaren herangezogen wird, mit denen sie nichts zu thun haben. Hat da dieser Schall in dem ersten Artikel unserer gestrigen Abendausgabe den Satz eingeschmuggelt: „Die Juden hatten ein Zusammenreffen (des Kaisers) mit dem Fürsten Herbert zu fürchten und zu verhindern.“ Schon die verfehlte Konstruktion dieses Satzes wird unsere Leser haben ahnen lassen, daß hierbei etwas nicht in Ordnung sei, und diese Ahnung ist gerechtfertigt. Schall Druckfehler hat aus einem wohlgefügten Satz zwei gemacht, nur um die Juden hineinzubringen; das soll er aber nicht; denn die Juden haben mit dieser Sache nichts zu thun. Der Satz lautete nämlich in der Urfassung: „Dieses Telegramm (das am Freitag in einem hiesigen Judenblatt erschienen war) hält man für gefälscht; man sucht seinen Urheber in gewissen dem Hofe nahestehenden Kreisen, die Grund hatten, ein Zusammenreffen mit dem Fürsten Herbert zu fürchten und zu verhindern.“ Die Juden waren also höchstens als Handlanger bei der vermittelnden Intrigue beteiligt, sonst nicht.“ Wir hatten schon lange die Ahnung, daß nicht alles in Ordnung ist beim Monitor des Dreischrafs. Ansehend treibt aber der Schall nicht im Seperlasten, sondern im Hirtlasten sein Spiel.

Das Restaurant im Reichstagsgebäude ist durch am Donnerstag erfolgten Aufschlag Herrn Louis Schaurt, dem Besitzer des „Monopol-Hotel“ Berlin, übertragen worden.

Die Einführung des Nachdienstes zwecks Herstellung eines ununterbrochenen Fernsprechverkehrs beschäftigt die Reichs-Telegraphenverwaltung seit längerer Zeit. Es wird mitgeteilt, daß Versuche bei einzelnen Stadt-Fernsprechämtern stattfinden, und soll die Verwaltung beabsichtigen, mit der Einführung des Nachdienstes im Fernsprechverkehre Berlins demnächst vorzugehen.

Ein gebildeter Hauswirt. Dem „Sch. St.“ wird von befreundeter Seite folgende „eigenartige“ Methode eines im Osten Berlins residierenden Hauspächters gemeldet: „Der Betreffende sieht sich am Morgen des 1. Juli mit einer großen Glode a la Klingel-dosse auf den Hof und rief, nachdem er tüchtig „gebtimmelt“ hatte, mit Stentorstimme: „Miete bezahlen! Miete bezahlen!“ Die ge-loramen Mieter schlepten denn auch, um den Hauspächtern nicht zu reizig, schleimigst ihren Zins herbei.“ Soweit die Notiz, die von dem Blatt ohne jeden Kommentar wiedergegeben wird. Selbstverständlich ist dieses Haus eine Mietskammer, sind es Arbeiter-wohnungen, wo ein auf seinen Geldsack trotzend Hauswirt so etwas unternehmen kann. Wir können dabei nur unsere Verwunderung ausdrücken, daß sich Arbeiter so etwas bieten lassen.

Wieder wird ein Zusammenstoß der Straßenbahn mit einem Fuhrwerk gemeldet. Freitagvormittag um 1/4 11 Uhr wollte ein Pflasterwagen der Firma Gebauer von der Elssässer- in die Rosalindstraße einbiegen. Beim Krängen der Schienen wurde er von einem Wagen der Straßenbahn angefahren und umgeworfen, so daß sich die Pflasterladung über die Straße zerstreute. Beide Wagen haben Beschädigungen erlitten.

Ein Unglücksfall mit recht schweren Folgen ereignete sich am Donnerstagvormittag in der Prenzlauer Allee 32. Hier hatte ein Schmiedehering den Aufzug auszuführen, einen reparierten Wagen seinem Besitzer zu überführen. Im Begriff, mit dem Gespann in den Hausflur einzufahren, wurde er so unglücklich von der Deichsel

des Wagens gegen die Wand gedrückt, daß er sofort nach dem Kranken-haus Friedrichshain überführt werden mußte.

Stunden der Angst haben am letzten Dienstag, wie uns nach-träglich berichtet wird, zwei Schüler, Sertaner des Französischen Gymnasiums, durchzumachen gehabt. Die Untersekta der genannten Schule hatte am Dienstagvormittag von 11 bis 12 Uhr Singstunde in dem Gesangsraum. Als der Unterricht vorüber war, verließen die Knaben unter Führung des Lehrers den Saal, und die Thür wurde von dem Pöbel verschlossen. Zwei der Kleinen waren jedoch zurück-geblieben und bemerkten nun zu ihrem größten Schrecken, daß sie eingeschlossen waren. Sie machten sich nur durch lautes Rufen und Klopfen bemerkbar, doch wurden sie nicht gehört, da der Saal von den übrigen Klassen ganz abseits lag. Erst gegen 1/4 11 Uhr ver-nahmen Schüler, die in dem Zeichenlokal unterrichtet wurden, ein dumpfes Geräusch und machten ihren Lehrer darauf aufmerksam. Man glaubte, daß Diebe sich in den Gesangsraum eingeschlichen hätten. Der Pöbel wurde benachrichtigt und schließlich besaßen sich mehrere Männer nach dem Gesangsraum hinauf. Hier fand man die beiden Knaben, vom vielen Schreien ganz erschöpft, vor. Sie wurden sofort ihren geängstigten Eltern angeführt, die bereits das Verschwinden ihrer Kinder der Polizei gemeldet hatten.

In den Fahrstuhl geschürzt ist am Donnerstagnach-mittag gegen 6 Uhr der 33jährige Maler Max Mantel aus der Mumenthalstr. 15 zu Friedrichshagen. Ihm lag ob, auf dem Reusen eines Kaufhauses in der Reuen Friedrichstr. 38—40 die Eisenstäbe am Fahrstuhl zu streichen, der sich im Ouergebäude des dritten Hofes befindet. Er befand sich zwischen dem ersten und zweiten Stock, als die übrigen Handwerker einen Aufstiege hörten. Beim Nachsehen ergab sich, daß R. den Schacht hinabgeschürzt war und sich schwere Verletzungen zugezogen hatte. Ein Krankenwagen brachte ihn fort. Wie sich der Unfall zugetragen hat, ist noch nicht auf-gelklärt. Der Fahrstuhl war in die Höhe gegangen, während R. in die Tiefe gefallen ist.

Durch Alkohol getötet hat sich im Laufe des gestrigen Donnerstags der Töpfer Gustav Dewig, der morgens um 6 Uhr im sogenannten Ohjensloß, Reindendorferstr. 46e, den im Zimmer 41 wohnenden Arbeiter Hesse besuchte. Während Hesse auf Arbeit ging, blieb Dewig in der Wohnung und trank. Als 8 Uhr abends um 9 Uhr heimkehrte, stürzte ihm ein durchdringender Alkoholgeruch entgegen, er fand alsbald keinen Freund, der der Wirkung des Getränkes erlegen war, tot an.

Die Leiche eines selbsterlödeten Mädchens von etwa 24 Jahren, deren Persönlichkeit nicht zu ermitteln war, wurde am Donnerstagvormittag am Kronprinzenufer von einem Schiffer an das Land gebracht. Sie trug ein schwarzes Kleid, weiße Spitzen-röde, kleine goldene Ohrringe und eine Brosche, die einen Frauen-lopff in Vorgesammlerei darstellte. Scheinbar handelt es sich um einen Selbstmord, da bei der Toten eine Goldtasche mit Inhalt gefunden wurde. Die Wäsche hat die Firmen K. G. und C. G.

Erfolgreiche Wiederbelebungversuche wurden am Freitag-morgen auf der Haupt-Regelungswache in der Charité bei dem 46 Jahre alten Maschinenheizer August Weber angestellt. Derselbe war auf dem Güterdampfer „Friedrich“ beschäftigt, welcher während des Löschens am Alexander-Ufer lag. Während sich das übliche Personal gegen 8 Uhr zum Frühstück am Land niederlegte, suchte W. den Maschinenraum auf und erhängte sich. Der Kapitän, der aus Erfahrung weiß, daß sich bei W. in jedem Sommer Zeichen von Schwermut einstellen, vernahm ihn bald und schmitt den bereits to-ten Mann ab. Man brachte ihn nach der Charité, wo er schließlich ins Leben zurückkehrte.

Die ungemein große Feuergefährlichkeit des Benzins zeigt ein Unglücksfall, der sich gestern mittag im Hause Wrangelstr. 86 zutrug. Die dort wohnhafte Witwe Zeidler hatte in der Küche eine Fetterschälke voller Benzin beiseite stellen wollen. Durch unvor-sichtiges Hantieren fiel jedoch die Schälke zu Boden, zerbrach und der Inhalt floß aus. Das Benzin wurde wohl nur oberflächlich wieder aufgenommen und damit hielt man die Sache für erledigt. Kurze Zeit danach wurde die ebenfall in der Küche anwesende Tochter der Witwe das Feuer im Herde anzufachen. In demselben Augenblicke erfolgte eine heftige Explosion, welche das Fenster der Küche zer-trümmerte — die Thür stand glücklicherweise offen — und die Kleider der Hausfrau sowie die der Tochter in Brand steckte. Die Weiber-gegenwart der ersteren, welche die Flamme sofort durch Zusammen-brühen der brennenden Kleider erlöschte, verminderte größeres Unglück, indessen haben Mutter und Tochter democh erhebliche Brandwunden davongetragen. Offenbar haben die aufsteigenden Dämpfe von dem noch am Küchenboden gewesenen Benzin die Explosion herbei-geführt.

In der Urania, Taubenstraße, findet morgen, Sonntag, die letzte Vorstellung des dekorativen Anstaltungsstückes, „Das Land der Hirde“ vor den Ferien des Instituts statt. Vom Montag, den 10. Juli, bis Sonnabend, den 5. August, bleibt das Institut geschlossen. Die Urania-Sternwarte in der Jussufdenstraße ist während dieser Zeit täglich, nachmittags von 5 Uhr bis 10 Uhr, für das Publikum geöffnet.

Aus den Nachbarorten.
Rixdorf. Morgen, Sonntag, von 11 bis 3 Uhr finden im Apollo-Theater, Hermannstraße 48—50, die Delegierten-wahlen zur Rixdorfer Ortskrankenkasse statt. Pflicht jeder großjährigen Arbeiterin und Arbeiters dieser Klasse ist es, sich an der Wahl zu beteiligen und die vom Kartell aufgestellten Kan-didaten zu wählen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Eine entsetzliche Familientragödie hat sich gestern morgen oder schon in der Nacht in dem Hause Drangenstr. 2a zu Charlottenburg abgespielt. Dort bewohnt seit April d. J. die Familie des bei Siemens u. Halske angestellten Monteurs v. Sulkowski, die aus der Frau und den drei Kindern Arthur, 8 Jahre alt, Leo, 5 Jahre, und Helene, 3 Jahre alt, besteht, im zweiten Stock des Ouergebüdes eine aus einer Berliner Stube, einem zweiten, nach dem zweiten Hofe zu gelegenen Zimmer und einer Küche bestehende Wohnung. Der Chemann ist vor zwei Monaten für die Firma nach Rußland auf Routage gegangen. Frau v. Sulkowski, die als Polin nur wenig deutsch spricht und im Ganzen nur mit einer gleichfalls polnisch sprechenden Frau Ragozky verkehrte, besaß sie bei dieser, daß ihr Mann seit einiger Zeit nichts mehr von sich hören lasse, und machte auf die Hausbewohner zuweilen den Eindruck einer geistesabwesenden Person. Am Donnerstag hat Frau v. S. ihre Freundin, sie müge sie morgen früh wecken, damit der älteste Sohn Arthur rechtzeitig in die Schule komme. Frau v. S. kam dieser Bitte um 7 Uhr früh nach, erhielt aber keine Antwort. Als sie später auf ihre Erkundigung, ob jemand der Knaben habe fortgehen gesehen, überaus verneinende Antworten er-hielt, holte sie die Polizei und einen Schloffer. Man fand im Berliner Zimmer die Mutter mit einer Schnittwunde am Hals und einem Stich in der Brust in ihrem Blut tot auf dem Fußboden liegen, in ihren Armen saß an sich gedrückt das dreijährige, gleichfalls furcht-bar zugeriebte tote Töchterchen. In dem hinteren Zimmer lagen die Leichen der beiden Söhne, die mit einem Rasiermesser in entsetzlicher Weise um das Leben gebracht waren, gleichfalls auf dem Fußboden. Man nimmt an, die Frau habe die schreckliche That im Wahnwitz ver-übt. Denn wie behauptet wird, war das Familienleben ein glückliches. Eine Trübung trat bei der Frau nur dadurch ein, daß der Mann in seinem Beruf oft abwesend sein mußte. Aus diesem Grunde hatte die Frau keine Freunde und Lust mehr am Leben“. In dem krank-haften (hysterischen) Zustand der Frau kam es öfter vor, daß sie ohne äußere Veranlassung in kramphastiges, gellendes Lachen aus-

brach, dann wieder traurig gestimmt war. Am Donnerstag hatte sie mit der Frau Kagozki noch scheinbar ruhig über ihre draußen spielenden Kinder gesprochen und nichts ahnen lassen von dem furchtbaren Vorhaben, das wenige Stunden später zur Ausführung kommen sollte. Die Kinder haben sich gegen 10 Uhr abends in die Wohnung begeben, wo die Mutter sich mit ihnen, ohne Licht zu machen, noch etwa eine Stunde lang beschäftigte, dann ist die Frau zu der unseligen That geschritten. Sie hat das Rasiermesser und den Streichkamm ihres Mannes hervorgeholt und das Messer geschärft. Dann hat sie dem ältesten Sohn, der sich am Küchenfenster mit seinen Schulbüchern zu schaffen machte, dort die Kehle bis auf den Wirbel durchgeschnitten. Um ihn am Schreien zu verhindern, hatte sie ihm ein neues Taschentuch vor den Mund gedrückt. Nach dem Blutspuren zu urteilen, hat der Knabe mit der Schnittwunde die Ausgangstür erreichen wollen, ist aber von der Mutter zurückgeholt und dann in das letzte kleine (Schlaf-)Zimmer geleitet, wo er am Fenster kraftlos zusammenbrach. Dadurch wurde der zweite Knabe, der sich mit seiner Schwester in dem mit dem andern nicht verbundenen Berliner Zimmer bei einer Puppe vergnügte, dorthin gelockt, um gleich am Eingang von der Mutter in der gleichen Weise abgethan zu werden. Die Mutter ließ beide Knaben liegen und holte die Tochter, die noch im Berliner Zimmer spielte, gleichfalls in das Hinterzimmer. Während sie das Kind auf dem Arm hielt, schnitt sie ihm mit der rechten Hand den Hals durch und brachte sich dann selbst mit dem Rasiermesser zwei tödliche Schnittwunden am Hals bei, sodass die Klinge des Messers aus der Schale brach. Welches entsetzt ihrer Hand in dem kleinen Zimmer. Nun trug sie ihre Tochter in das Berliner Zimmer, wo ihr das Kind entfiel und sie rücklings zusammenbrach. Zwischen den Leichen von Mutter und Kind lag die Puppe.

Die beiden Zimmer, wie auch die Küche, schwammen buchstäblich in Blut. Die Leichen lagen in großen Blutlachen. Die Leichen der Knaben, in braunen Sammetanzügen, lagen auf der Seite, der ältere mit dem Kopf nach der Mitte des Zimmers, der jüngere mit dem Kopf nach dem Fenster, zusammengeschrumpft, aber wenig entsetzt. Die Mutter lag mit verzerrten Zügen und zusammengeognen Händen auf dem Rücken, so daß man die beiden weit fließenden Wunden deutlich sah; die kleine Tochter links neben der Mutter, auf ihrer rechten Seite. Bevor ein Schlosser die Wohnung geöffnet hatte, ahnte man bereits das Geschehene. Ein Maler hatte von einem Gerüst aus durch das gardinlose Küchenfenster die von der ersten Nordthür herrührende Blutlache bemerkt und Lärm geschlagen. Kurz nach Entdeckung der That erschien Kriminalinspektor Krause mit dem Kriminalkommisar Hallmann und mehreren Beamten an Ort und Stelle, um den Thatsachstand festzustellen. In der Wohnung wurden mehrere Briefe in polnischer Sprache von S. an seine Frau, deren Inhalt der Zuversicht des Vaters zu der Familie und die Sorge um dieselbe Ausdruck gab, gefunden und mitgenommen. Frau v. Sulkowski war noch reichlich mit Geld versehen; man fand im ganzen 167 Mark und einige Pfennige, die an verschiedenen Stellen frei dalagen. Die Wohnung ist gut ausgestattet und zeugt von gewissenhafter Haushaltung. — Um 2 Uhr nachmittags ergriff der Amtsrichter Jedicke mit einem Referendar am Thotort, um eine Skizze anzufertigen und den Befund festzulegen. Dann wurden die Leichen nach dem Schauhaus gebracht und die Wohnung geschlossen.

Der Kreisverband des Kreises Teltow erläßt folgende Bekanntmachung, die wir im Interesse der Arbeiter hier wiedergeben: „Da der Tischmeister Wilhelm Haack in Schöneberg, Siegfriedstraße 1, mit der Abführung von Krankenversicherungsbeiträgen im Rückstand geblieben und nachdem seine Zahlungsunfähigkeit im Zwangsverwaltungsverfahren festgestellt worden ist, habe ich gemäß § 52 a des Krankenversicherungs-Gesetzes bis auf weiteres angeordnet, daß Haack fortan nur den auf ihn selbst als Arbeitgeber entfallenden Teil der Beiträge, welche für die von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zur gemeinsamen Orts-Krankenkasse in Schöneberg zu entrichten sind, abzuliefern hat. Die von Haack beschäftigten versicherungspflichtigen Personen sind nunmehr verpflichtet, die Eintrittsgelder und den auf sie entfallenden Teil der Beiträge zu den festgesetzten Zahlungsterminen selbst an die Orts-Krankenkasse abzuliefern.“

Friedrichshagen. Den diesigen Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 9. Juli, im Restaurant „Wilhelmshof“ ein Sommerfest stattfindet, bestehend in Konzert, Theateraufführung, Gesangsvorträge des „Sänger-Chors“. Zur Aufführung kommt: „Ehrliche Arbeit“, Volkstüch in 3 Akten. Anfang 3 Uhr. Eintrittspreis 25 Pf. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet Das Fest-Komitee.

Altdersdorf. Die heutige Gemeindevertreter-Sitzung beschäftigte sich mit der Einsetzung einer Kommission, die die Lieferung von Brennmaterial kontrollieren soll. Von verschiedener Seite wurde die Zweckmäßigkeit bezweifelt; da aber der Schöffe Herr Leopold und der Gemeindevertreter Bach erklärten, mit dem Vorsteher zusammen die Kommission bilden zu wollen, so trat der Gemeinderat dem bei. Sodann wurde in die Gemeindefschul-Deputation der Schöffe und stellvertretende Vorsitzende Herr Leopold, von den Gemeindevertretern Greinke und Bach gewählt. Bei Beschlußfassung über den Antrag des Kirchenvorstandes der katholischen Gemeinde zu Köpenick betreffs Eingliederung von Kirchensteuern, wurde der Antrag

des Gemeindevorstehers, 5 Proz. Gebühre für in Aufzug zu bringen, angenommen. Nachdem der Kassendirektor für Juni bekannt gegeben war, gelangten die Anträge der Mitglieder der Gelbbühnen zur Beschlußfassung. Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß er sich mit den einzelnen Adjacenten soweit geeinigt habe, daß in kurzer Zeit die Pflasterung vor sich gehen könne. Der Fahrweg solle 6 Meter breit werden und der Bürgersteig je 2 1/2 Meter. Demgemäß wurde beschlossen.

Ein schweres Stillschleichenverbrechen hat gestern eine Frau in Spandau noch rechtzeitig verhindert. Dieselbe bemerkte, wie ein Mann sich zwei kleinen Mädchen näherte und sich in auffälliger Weise mit ihnen zu schaffen machte. Der Betreffende, ein stellungsloser Brauer, fragte die Mädchen zunächst nach dem Wege zu einer Brauerei. Als ihm dieser gezeigt war, verlangte er von den Kindern, sie sollten ihn dorthin begleiten und stellte dabei unbillige Forderungen an die Kinder. Die Frau begab sich darauf zu ihm und stellte ihn energisch zur Rede, worauf der Unhold auf die Frau einschlug. Diese wandte sich sofort an die Polizei, der es gelang, den frechen Patron festzunehmen, als er gerade in einer Brauerei um eine Unterscheidung vor sprach.

Kunst und Wissenschaft.

Mortuä-Cyber. Am Donnerstag begann wieder eines der Gaspiele Heinrich Büttels, und zwar im „Troupadour“ von Verdi. Büttels Bedeutung liegt in einer sonst heute seltenen Mäßigkeit, insbesondere Natürlichkeit der Tonbildung; so leicht ansprechende und so weit „vorn“ sitzende Töne und zumal eine so weiche Höhe besitzt derzeit nicht halb ein Tenorist. Darum muß man seine Stimme noch nicht einmal sehr wohlklingend finden, und von moderner dramatischer Kunst ist keine Rede. Die einmalige Wiederholung einer Arie war eine etwas gar vorläufige Quittierung des Beifalls. Die an den letzten Abenden als Schauspielerin so hervorstrahlende Frieda Sawiczewski zeigte diesmal nicht nur ihre Spiel-, sondern auch besonders ihre Gesangskunst in einer bemerkenswerten Steigerung, als Figueras in Leucena. Auch hier ein gegen die Umgebungen und gegen den Durchschnitt unserer Bühnengesänge überhaupt erfreulich absteckende Natürlichkeit der Töne, insbesondere der hohen. Marie v. Tergow („Leonore“) mag eine langvollere Stimme haben, verdirbt dies aber wieder durch eine „topflose“ Höhe. Im übrigen ging alles verhältnismäßig gut; dem Reiz der lebensreichen allitalienischen und doch dramatisch angelegten Melodien braucht man sich ob der Mache des Textes und der willkürlichen Zusammenordnung der Musik keineswegs entziehen. — Wenn die Direktion „die allein richtigen Textbücher“, die nur in ihrem Haus zu haben seien, anpreist: findet sie dann keine bessere Ausgabe des Textes, und muß sie sich von Straßendruckern mit derselben Ausgabe unterbreiten lassen? —

Vermischtes.

Wegen schwerer Stillschleichenverbrechen, begangen an zehn seiner Schülerinnen, ist der verheiratete, aus Berlin gebürtige Lehrer Hesse aus Deutsch-Krone gestrichelt und wird jetzt sedesvaccat verurteilt.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Die bekannte Hohensteiner Kuranstalt wurde heute durch Großfeuer teilweise eingeeäschert. Die Kranken wurden sämtlich gerettet.

Pestkrankungen. Aus Alexandria wird berichtet: Bis her sind hier im ganzen 58 Fälle von Pestkrankung vorgekommen, von denen 21 tödlich verliefen und 24 geheilt wurden. Seit letztem Sonntag sind vier Personen neu erkrankt, ein Pestkranker ist in dieser Zeit gestorben und sieben sind geheilt.

Dem diesjährigen Hochwasser sind im Spreewald auch viele Gehege von Wildenten zum Opfer gefallen. Infolge dessen haben die Vögel zum zweitenmal gemistet, aber diesmal auf hoch gelegenen Punkten, selbst auf hohen Bäumen. So hat auf dem Ruhbaum eines Gartens bei Lübbenau ein Entenpaar sich in einem verlassenen Eisenrost häuslich eingerichtet. Dieser Tage ist die Brut aus den Eiern geschlüpft, und die Alten haben die Kleinen eines nach dem anderen zur Erde gebracht.

Ein Unglück im Löwenkäfig. Der Tierbändiger Droiwisch ließ seit kurzem in dem Pariser Borort Neuilly seine wilden Zöglinge ihre Reize ausführen. Als der Mann sich vor einigen Tagen mit seinem Löwen Neulich vor einer großen Zuschauermenge beschäftigte, sprang die Bestie plötzlich auf ihren Herrn, grub ihm die Zähne tief in den rechten Arm und bearbeitete mit den Krallen seine Brust. Trotz des furchtbaren Schmerzes verlor Droiwisch nicht seine Gelassenheit. Mit stamenswerter Kaltblütigkeit suchte er das wütende Tier mit dem Blicke zu bannen. Gegen die Stäbe des Gitters gelehnt, fixierte er mit den Augen den bewegungslos verharrenden Löwen so lange, bis die Wärrer ihm zur Hilfe eilten. Diesen gelang es auch, das Tier in einen benachbarten Käfig zu treiben und den inzwischen ohnmächtig zu Boden gesunkenen Wärrer in Sicherheit zu bringen. Der Zustand des Verwundeten ist sehr ernst, doch hofft man, ihn am Leben zu erhalten.

Eine Schreckensnacht im Walde. Sonntagnachmittag war, wie erst jetzt mitgeteilt wird, den Parteilichen Elementen in Bernau beim Heibelbeerenpflücken im Walde das dreijährige Töchterchen abhandeln gekommen. Alles Suchen blieb bis zum späten Abend vergeblich, und so mußte die Kleine während der ganzen Nacht, in der ein heftiges Gewitter mit strömendem Regen niederging, draußen bleiben. Am Montag früh begab sich viele Einwohner in den Wald, um nach dem Kinde weiter zu suchen, und es gelang dem auch endlich, das kleine Wesen gegen Mittag schlafend unter einem Strauche aufzufinden. Die Kleine hat anscheinend nicht den geringsten Schaden gelitten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.

N. N. 57. Naturalisation und Aufnahme in den preussischen Staatsverband. Die Staatsangehörigkeit geht durch den Aufenthalt in einem anderen deutschen Staats nicht verloren. Die Staatsangehörigkeit wird erworben durch Abstammung, durch Verheiratung, durch Naturalisation oder durch Aufnahme. Die ehelichen und legitimirten Kinder erlangen, gleichgültig, wo sie geboren werden, die Staatsangehörigkeit des Vaters, uneheliche, nicht legitimierte Kinder die Staatsangehörigkeit der Mutter. War ihr Vater Anhaltiner, so sind auch Sie es, wiewohl Sie in Preußen geboren sind. Ein Mädchen erlangt durch Verheiratung mit einem Deutschen dessen Staatsangehörigkeit. Ausländer (Nichtdeutsche) können sich naturalisieren lassen, haben aber kein Recht auf Naturalisation; die Naturalisation ist mit Kosten und Weisungen verknüpft. Der Ausländer, welcher naturalisiert sein will, vorher noch weilen, darf er 1. nach den Gesetzen seiner Heimat disponitionsfähig ist oder daß sein Vater oder Besorger der Naturalisation zustimmt, 2. daß er einen unbedingten Lebenswandel geknüpft hat, 3. daß er an dem Orte, wo er sich niederlassen will, eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen findet, 4. daß er dort sich und seine Angehörigen zu ernähren im Stande ist. Die Gemeinde des Niederlassungsortes hat sich über die Erfordernisse zu 2 bis 4 gutachtlich zu äußern. Es können außer diesen vier Mindestforderungen von der Behörde noch andere erforderlich werden. Auch wenn alle gestellten Anforderungen erfüllt sind, kann das Naturalisationsgesuch abgelehnt werden, weil kein Ausländer ein Recht auf Naturalisation hat. Anders steht es mit der Aufnahme eines Deutschen in einen anderen deutschen Staatsverband. Jeder Deutsche hat das Recht, Aufnahme in einem anderen deutschen Vaterlande ohne Verlust seines früheren Heimatsrechtes zu verlangen. Will zum Beispiel ein Anhaltiner Preusse werden, so genügt der Nachweis, daß er in Preußen niedergelassen hat, und etwa folgendes Geheiß an die Regierung oder, falls er in Berlin sich niederlassen hat, an das Polizeipräsidium: „Ich bin anhaltinischer Staatsbürger. Beweis: meine Geburtsurkunde. Ich habe mich in Berlin seit dem ... niedergelassen. Beweis: mein Anmeldebüchlein. Ich beantrage Aufnahme in den preussischen Staatsverband.“ Die Aufnahme darf nur dann verweigert werden, wenn der Antragsteller sich und den Seinigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen außer Stande ist, oder wenn er öffentliche Armenunterstützung erhält, oder wenn er Beitragspflichten erfüllt hat, die der Polizei das Recht geben, ihn auszuweisen, insbesondere wenn er innerhalb des letzten Jahres wegen wiederholter Bankrottstreicherei oder Bettelerei bestraft ist. Es ist nichtpreussischen Deutschen zu empfehlen, solche Aufnahmeversuche bald einzureichen, damit sie wenigstens im nächsten Jahre ihr Wahlrecht erhalten. Durch die Aufnahme in den preussischen Staatsverband verliert ein Deutscher seine frühere Heimatsdeutsche Nationalität nicht. Ein und dieselbe Person kann also: preussischer, württembergischer, bayerischer, mecklenburgischer, hamburgischer und russisch-jüngerer Linie Staatsangehöriger zu gleicher Zeit sein.

Marktpreise von Berlin am 6. Juli 1899

nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis			
*) Weizen	18,30	15.-	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1.-	
*) Roggen	15,40	14,10	Rindfleisch	1,60	1.-	
Butter-Gerste	13,50	12.-	Fleischschmalz	2,40	1,80	
Hafer gut	15,60	15,10	Butter	60 Stk	4.-	2,20
mittel	15.-	14,50	Eier	1 kg	2.-	1,20
gering	14,40	14.-	Rapsen	1 kg	2,80	1,20
Rübsen	4.-	3,50	Wale	1 kg	2,80	1,20
Heu	6,80	4,30	Haubser	1 kg	2,80	1,20
*) Erbsen	40.-	25.-	Hechte	1 kg	2,40	1,20
*) Weizenrohweizen	80.-	25.-	Barische	1 kg	1,00	0,80
*) Weizen	70.-	80.-	Schilke	1 kg	2,50	1,20
Kartoffeln, neue	6.-	5.-	Biele	1 kg	1,40	0,80
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	Archie	per Schot	12.-	3.-
do. Band	1,20	1.-				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Vollerzeugung — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

Produktenmarkt vom 7. Juli. Die absolute Geschäftskälte des Monats machte sich mittlerweile auch im Getreide- und Produktenverkehr bemerkbar. Weizen lag am heutigen Frühmarkt fast ganz unverkaufbar. Roggen wurde wenig lebhafter gehandelt. Die Preise für beide Artikel waren anfänglich behauptet, späterhin auf gebesserte Saatensandberichte aus Nordrussland leicht nachgebend. Die dauernd trübe Witterung mahnt allerdings den Abgeber zur Beserve, und Nordamerika meldet sehr schlechte Preise, doch wurden diese flutierenden Elemente durch die feste Haltung der Märkte Österreichs, Ungarns paralysiert. Hafer lag still und wenig verändert, ebenso Rindfleisch. — Am Spiritusmarkt war von einem effektiven Geschäft nicht die Rede. Im Preise war Terminus und Localware nominell unverändert. 70er loco 41,50; Unverk. 10,000 Liter. Berlin's Getreide- und Mehlmarkt: 251 Tonnen Weizen, 323 Tonnen Roggen, 609 Tonnen Weizen, 1500 Doppel-Centner Weizenmehl.

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. Juli 1899. Etwas wärmer, teils heiter, teils wolfig mit leichten Regenfällen und schwachen, westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:
1. Unsere gegenwärtige Lage und unsere nächsten Aufgaben zur Erreichung eines Minimallohnes von 50 Pf. pro Stunde.
Referent: Otto Näher.
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschlüsse.

Sonabend, den 8. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Dieke, Ackerstraße 123:

Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden.

Montag, den 10. Juli cr., abends 7 Uhr:

Große Versammlung

in Böttchers Seepark, Reinickendorf, Marktstraße 1-2.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie und welchen Nutzen hat für uns die Organisation?
Referent: Kollege Bernat.
2. Diskussion. 3. Beschlüsse.

Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen nachstehender Firmen: Hiesl & Söhne; Schöning & Gein; Lehmann u. Co.; Becker; Schwarzkopf; früher Hosenbaum.
Das Protokoll der Vertrauensmänner-Versammlung in Halle a. S. ist erschienen und zum Preise von 10 Pf. bei den Kassierern, sowie im Bureau, Kienstr. 39, erhältlich. [11/1] Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter im Alter von 43 Jahren am 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, nach kurzem aber schwerem Leiden verstorben ist. [1122b]

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle auf dem Gammelsdorf-Friedhofe aus statt. Dies jelgen tieferbittet an Der trauernde Gatte C. Nothke nebst Kindern.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden, Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß heute früh um 2 1/2 Uhr mein lieber Mann, unser Bräuder, Schwager und Schwiegerohn, der 1128b

Lebender Pée
nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags um 4 Uhr vom Trauerhause Weinbergstraße 6 aus nach dem Friedhofe in Weidensee statt. Die trauernde Witwe Anna Pée.

Am 5. Juli verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann und unser guter Vater

Wilhelm Adler

im 49. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Toppfer-Kirchhofes, Ende der Freudenwalderstraße, aus statt. Dies jelgen tieferbittet an [1125b] Witwe Adler nebst Kindern.

Töpfer
Friedrichshagen u. Köpenick.
Sonntag, den 9. Juli, nachm. 2 Uhr, bei Walter, Köpenick, Kosenstraße:

Oeffentl. Versammlung der Töpfer.

Vortrag und Beschlüsse. [103/7] Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet.
Der Vertrauensmann.

Verband der Buchbinder zc.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder

Emil Wiersbitzky

nach langem Krankenlager verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen, Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Bergmannstraße 39-41, aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung bittet [1191b] Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 5. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, nach langem, schwerem Leiden im 61. Lebensjahre unser Kollege und Mitarbeiter, der Bergolder [1191b]

Emil Wiersbitzky.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Bergmannstraße 39-41, aus statt.

Das Personal der Contobuch-Fabrik von Riesenstahl, Zumpo & Comp.

Central-Kranken- u. Sterbestätte der deutschen Wagenbauer (Berlin II).
Hiermit zur Nachricht, daß am Dienstag, den 4. Juli, unser Mitglied

Andreas Dominick

verstorben ist. [1120b]

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des St. Sebastianuskirchhofes in der Dallborfer Chaussee aus statt. Die Ortsverwaltung.

Groß-Lichterfelde.
20 Mark Belohnung.
Gran-Papagei entfallen. Dem Wiederbringer obige Belohnung. [1197b] Drogerie Dürerstr. 8.

Donnerstagabend 10 1/2 Uhr entließ nach langen schweren Leiden mein innig geliebter Mann, unser treu sorgender und unvergeßlicher Vater, Schwager und Großvater, der frühere Maurer und Maurerpolier

Carl Eduard Ulbricht

im 70. Lebensjahre, was wir mit der Bitte um stille Teilnahme tieferbittet anzeigen. Caroline Ulbricht, geb. Schacht, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Wilsdr. 6, aus nach dem Friedhof der Marien- und Nicolai-Gemeinde, Prenzlauer Allee 7 statt. [1125b]

Steinarbeiter
Berlin!
Der Besuch der Sternwarte ist nicht, wie irrtümlich in der Versammlungsbekanntmachung des „Steinarbeiter“ steht, am 8. Juli, sondern **Sonabend, den 15. Juli**, abends 8 Uhr, geplant. [172/15]

Der Vertrauensmann.

Verlangen Sie gratis!
HAMBONIA-FAHRRÄDER
MOTOR-RÄDER
LUBER-HALLE
KAMMONIA-FABRIK
A. H. UELTZEN, HAMBURG

Hans Kayser
Gärtner Bahnh. Platz 6.
Erläut. Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Benth-Str. 2.
Sachver. erschienen und durch uns zu beziehen:

Die deutschen Flüchtlinge

in der Schweiz und die erste deutsche Arbeiterbewegung. 1833 bis 1836.
Von Dr. Heinrich Schmidt.
Preis 1,50 M. Porto 10 Pf.

Sowohl die bürgerliche Presse wie unsere Parteizentrale urteilen über diese Schrift, die zur Kenntnis der Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung wertvolles historisches Material und eine klare Darstellung liefert, äußerst günstig.

Strand-Restaurant Wäggelsee
Wäggelsee, Müggelsee und Tegelsee. Umgeben von der Natur begutet. Tansaal mit Barquet-Fußboden. 2 Regalbahnen. Gr. Halle. 3000 Personen fassend. Günstige Vereine, Fabriken, Gesellschaften zum Sommer-Ausflug.
A. Degebrodt, Wäggelsee.

Empfehle meine drei Restaurants: **Rühzahn**, am Wäggelsee, **Tenfelde**, Wäggelberg, **Marienlust**, a. d. Dahme, zwischen Gränau und Friedrichshagen, bei Puhparten über die Wäggelberge. [1870/2]

C. Streichhan
Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.
Ostend-Oberjohannweide.
Restaurant Sportsplatz. Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Zool. Gärten, Regeld. u. Kaffee. Dobsiw.

Sonnabend, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr,

eröffnen wir aufs Neue das wegen Lageraufnahme geschlossen gebliebene, seit nahezu 2 Jahren hierselbst

Wrangel-Strasse 20, Ecke Pückler-Strasse,

bestehende **Warenhaus** unter der Firma

Segall & Löwenthal.

Unsere ganz bedeutenden Läger, umfassend die Artikel:

Kleiderstoffe, Sammet- und Seidenwaren, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Läuferstoffe, Leinen-, Woll- und Baumwollwaren, Trikotagen, Strümpfe, Wäsche, Posamenten, Kurzwaren, Röcke, Blusen, Schlaf-, Reise- und Pferdedecken, Oberhemden, Chemisettes, Kragen, Stulpen, Krawatten, Spitzen, Bänder, Hüte, Schirme, Stöcke, Glas-, Porzellan- und Steingutwaren,

sind zu den **denkbar niedrigsten Preisen** kalkuliert, so dass wir jedermann den **allervorteilhaftesten** Einkauf zusichern können.

Zur Erinnerung an unsere Neueröffnung werden wir **am Eröffnungstage jedem unserer Abnehmer** seinem Einkauf entsprechend ein nützliches Präsent überreichen.

Hochachtungsvoll

Segall & Löwenthal.

Saathwinkel „Jägerhäuschen“

für Vereine u. Landpartien empfohlen. Großer Saal, schattiger Garten, geschützte große Ausspannung, Kaffeeküche, verdeckte Kegelbahnen. Amt Tegel 56.

Treptow. Hohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstrasse. Großer schattiger Garten, Saal, Kaffeeküche, Kegelbahnen.

Vereinen und Herrenpartien bestens empfohlen. Bayrisch-Bier Glas 10 Pf. Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. [1756L]

Wo?

ist der schönste Ort für Herrenpartien und Ausflüge? Auf der Insel Wickedowerder 10719*

beim alten Freund.

Neue massive Dampf-Anzeigevorrichtung.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

auswärtlich eigenes Fabrikat. — Specialität: Arbeiter-Berufs-Kleidung: Blau Röder-Jacken M. 1,85, freigeb. je nach Größe mit 10 Pf., blau Röder-Hosen, in allen Längen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wollfittel u. Monteurhemden. **D. Wurzel & Co.,** Wrangelstr. 17.



Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Quittung 5 pCt. 10724*

Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skaligerstraße

Kondor-Fahrräder

sind preiswert, dauerhaft und leichtlaufend.

Anfragen erledigt prompt

Filiale: Berlin N., Chausseestr. 106. Amt III. 2223.

Repräsentant: **Otto Mündner.**

Reparaturen.

Zubehör-Teile.

Niedrige Preise.



Kommandit-Gesellschaft MAX TACK

Schuhfabrik

eröffnet

Strausberg

**Sonnabend, den 8. ds. Mts., Reinickendorfer-Strasse Nr. 6
das 16. Verkaufshaus ihrer Fabrikate.**

Unsere Erzeugnisse, die wir nur direkt an das Publikum, also ohne jeden Zwischenhandel zu festen, von der Direktion der Fabrik abgestempelten Preisen verkaufen, sind durch ihre denkbar beste Haltbarkeit, Billigkeit, gute Passform und eleganten Sitz bekannt und beliebt. Wir verkaufen:

Herren-Zugstiefel, Lederbrandsohlen und Lederkappen . . . a Mk. 3,90

Damen-Zugstiefel, dergleichen a Mk. 2,60

Kinderschuhe von Mk. 0,35 an

Zugschuhe für Herren, Lederkappen u. Lederbrandsohlen a Mk. 3,90

Zugschuhe für Damen, dergleichen a Mk. 2,40

Pantoffeln von Mk. 0,25 an

bis zu den feinsten Handarbeitssachen.

Auswahl: 1013 Dessins! Ca. 365 Angestellte! Specialität: Handarbeit.

Wir bitten um Besichtigung unseres Lagers und geben zugleich die am 22. ds. Mts. Große Frankfurterstrasse Nr. 94 erfolgende Eröffnung unseres 17. Verkaufshaus bekannt.

Unserm neuesten Kurs.

- 2. Berlin. Wegen Fälschung, Beleidigung etc. der Maurer B u c h h o l z 6 Monate Gefängnis. Desgl. ein Zimmerer 6 Wochen Gefängnis, 2 andere je 100 M. Geldstrafe.
Erfurt. Genosse Rudolph wegen Beleidigung eines Braneridirektors 20 M. Geldstrafe.
Dresden. 2 Tage Gefängnis der Schmied Kalus wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung.
Königsberg. Wegen Beleidigung eines Gendarmen Genosse R a t u t t 1 Monat Gefängnis.
Magdeburg. Der Steinbruder B o r c h a r d t wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz 5 M. Geldstrafe.
Schweidnitz. Genosse F e l d m a n n, Langenbielau, 3 Monate Gefängnis wegen Beleidigung oberösterreichischer Bergwerksverwaltungen.
0. Halle. 50 M. Geldstrafe Genosse S w i e n t y wegen Beleidigung eines Landrats.
Erfurt. Die gleiche Strafe Genosse M a y wegen Beleidigung eines Polizeihauptkoms.
Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Q u a r z, Frankfurt wegen Beleidigung der Militärbehörde 300 M. Geldstrafe. — In gleicher Instanz Genosse B e r t a u, Halbesbad, wegen Beleidigung eines Oberstaatsanwalts 1 Monat Gefängnis.
Färth. 1 Woche Gefängnis der Tischler K l e i n wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung.
Hannover. Die gleiche Strafe der Stellmacher A d l e r wegen des Vergehens der Fälschung.
0. Halle. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse S w i e n t y 14 Tage Gefängnis.
Tschob. Wegen des gleichen Delikts die Genossen H i n s c h e, Otto und R e h e r je 2 Wochen Haft. Letzterer außerdem noch 4 Wochen Gefängnis.
10. Erfurt. Die Genossen M a y und P a p p e je 15 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Sammelns.
Ludwigshafen. 10 M. Geldstrafe Genosse W e n z e l wegen Beleidigung der Redaktion der „Fälischen Presse“.
12. Jwiskau. 20 M. Geldstrafe Genosse G ä n e l wegen unerlaubten Sammelns.
13. Altenburg. Wegen Beleidigung eines Landrats Genosse S t ä c k l e n 1 Woche Gefängnis.
14. Halle. Genosse S w i e n t y wegen Beleidigung eines Kohlenhändlers 10 M. Geldstrafe.
15. Jwiskau. Wegen des gleichen Delikts Genosse T r o g n i y 3 Monate Gefängnis.
Dorburg. Der Maurer P r e h l e r wegen Beleidigung der Polizeibehörde 15 M. Geldstrafe.
Frankfurt a. M. 4 Genossen à 5 M. und 5 à 15 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
Spanbau. 15 bezw. 10 M. Geldstrafe die Genossen K ä b a r t und B e h r e n d wegen Beleidigung eines Streikbrechers.
Höchst. Je 15 M. Geldstrafe 4 Genossen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
Hamburg. Genosse B ä r g e r 14 Tage Gefängnis wegen Beleidigung der Polizeibehörde.
16. Berlin. Wegen Beleidigung des Oberpräsidenten von Posen Genosse P i s n i w s k i 3 Monate Gefängnis.
Dresden. 7 Tage Haft Genosse E i c h h o r n wegen Verübung groben Unfugs.
20. Stettin. Der Steinarbeiter G ä t z n e r 1 Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.
Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse L e s s e n, Chemnitz 3 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung der Polizeibehörde.
Stettin. 4 Wochen Haft Genosse K l i n g n e r, Podesjuch wegen Verübung groben Unfugs.
Magdeburg. Wegen unerlaubten Sammelns Gen. G ä r t n e r 25 M. Geldstrafe.
Dresden. 250 M. Geldstrafe Genosse W e h e r wegen Beleidigung eines Mühlendirektors.
Genthin. Genosse R i e p e l o h l, Burg 14 Tage Haft wegen Verübung groben Unfugs.
Frankfurt a. M. Wegen Beleidigung der Polizei Genosse G r ä g e r 10 M. Geldstrafe.
Dresden. Ein Genosse 3 Tage Gefängnis wegen Tragens republikanischer Abzeichen.
Leipzig. Die Metallarbeiter K u n z e und T r u n g zwei Wochen bezw. 3 Tage Gefängnis wegen Beleidigung von Streikbrechern.
Dresden. Wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs die Metallarbeiter K e l d t und R e u m a n n je 2 Wochen, P o s e r 1 Woche und S t e p h a n 10 Tage Gefängnis.
22. Dortmund. Genosse B l o d 4 Monate Gefängnis wegen Beleidigung eines Bergwerksdirektors.
Effen. In der Revisionsinstanz Genosse D ä w e l 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung der Polizeibehörde.
Landeshut. 100 M. Geldstrafe Genosse K ä h n, Langenbielau wegen Beleidigung eines Fabrikanten.
23. München. Der Schuhmacher B ä h l e r wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung 14 Tage Gefängnis.
27. Breslau. Wegen Beleidigung von Militärpersonen Genosse S c h ä y 100 M. Geldstrafe.
Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse J a c o b e y, Berlin 300 M. Geldstrafe wegen Mißhandlung.
— Genosse R a t u t t, Königsberg 6 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung der Pfarre Ostprengens.
28. Greifeld. 100 M. Geldstrafe Genosse W o l t e r s wegen Beleidigung eines Fabrikdirektors.
30. Frankfurt a. M. Die Vorstandsmitglieder der Jahrestellen der Maurer und der Maler wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz je 15 M. Geldstrafe.
Penig. Wegen des gleichen Vergehens Genosse H e r y s c h, Langenan 20 M. Geldstrafe.
Hannover. Die Einkateure bezw. Bildhauer B a c h m a n n und F i e l e 14 bezw. 10 Tage Gefängnis, K a m e d e 40 M. Geldstrafe.
Heisterfen. Kolporteur W o g t wegen Hausfriedensbruchs 30 M. Geldstrafe.
Insgesamt wurden erkannt auf 3 Jahre, 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis und 1985 M. Geldstrafe.
Berlin, den 6. Juli 1899. Der Parteivorstand.

noch nichts von den modernen Massenkämpfen, die „gute alte Zeit“ ist dort sozusagen noch vorhanden, da die Mren dort wohl nicht gleichen Schritt mit denen draußen in der Welt gehalten haben.

Schon man aber näher zu, so entdeckt man auch in dieser westabgelegenen Gegend ein Liebermah von Eend und Verkommenheit, noch dazu in besonders charakteristischer Form, so daß es sich dem Wanderdamm auf den ersten Blick offenbart. Einige Eindrücke einer Veränderung durch das Hohenlohesche hat Viator in unserer Nummer vom 11. Juni wiedergegeben und sich dadurch offenbar den lebhaften Jörn der Replikationen von Schillingfürst zugezogen. Sie begnügen sich nicht mit einer zornmütigen Erwiderung, die die „Kugb. Abendztg.“, das bairische offiziöse Organ in ihrer Nr. 170 abdruckt, sondern setzen uns sogar eine „Verichtigung“ unter der höchsten Verurteilung auf den Reichsgesetz-Paragrafen mit der feuchten Kammer auf die Brust. Wir hätten nun gar keinen Grund diese Verichtigung, die gar keine Verichtigung ist, abzudrucken, aber wir würden unsere Feiler eines Vergnügens berauben, wenn wir dieses zweimal gestempelte und von dreizehn (die Schillingfürstler scheinen nicht abergläubisch zu sein) Namen unterzeichnete Zeugnis guter Gesinnung unterschlagen. Hier ist es:

die Redaktion des „Vorwärts“ Berlin, Penhstr. 2.

Mit Bezug auf Ihr Feuilleton „Wollt ihr's so?“ Ein Gang durch das Hohenlohesche in Nr. 134 des „Vorwärts“ vom 11. Juni eruchen wir Sie auf Grund des § 11 des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 nachstehende Verichtigung von den in dem genannten Artikel behaupteten Thatsachen abzuwenden.

Unter 1600 Einwohnern arbeiten hier zur Zeit nur sechs als Korbflechter. Die von den Korbflechtern gegebene Schilderung trifft für die Wehrzahl derselben nicht zu. Der hiesige Ort besteht, abgesehen von den Häusern einiger Bauern und der städtischen Beamten, aus zwei jüngerlichen Hütten; es befinden sich hier eine größere Anzahl von Gewerbetreibenden mit ansehnlichen Häusern, und die Wehrzahl der Güter und Tagelöhner lebt in ganz anständigen Wohnungen. Der jenseitigen Sprache bedient sich die übergroße Mehrzahl der Schillingfürstler Bevölkerung nicht. Diese Sprache ist nicht hier geprägt, sondern ein allbekannt Gemeingut „fahrender Leute“ durch ganz Deutschland. Die Kunst blüht hier nicht auf eine gleich lange Geschichte zurück, wie das Haus Hohenlohe. Dieses ist hier seit 1100, während der Jazug vieler Besitzlosen sicher vor 200 Jahren erfolgt ist. Der Schein, als ob Seine Durchlaucht der Herr Fürst ungerührt dem Hiesigen eines lebenden Proletariats hier züchte, welcher Schein durch die Gruppierung der behaupteten fast durchweg unrichtigen oder doch im höchsten Grade übertriebenen Thatsachen in dem genannten Artikel entsteht, ist durchaus falsch.

Schillingfürst, den 21. Juni 1899. Die Gemeindeverwaltung: (Folgen die Namen).

Koch besser versteht der in der „A. A.“ sich produzierende Verleibiger das Verächtliche. Er schreibt gleich frisch und fe—omm: „Die Einwohnerschaft (von Schillingfürst) besteht nach ihm (Viator) durch Schuld des Kardinals Hohenlohe, der die Korbflechterei für die fultende (?) Bevölkerung eingeführt habe, der Hauptfache nach aus Korbflechtern, die um Hungerlöhne arbeiten müssen.“

Zazu schreibt uns Viator: Wenn die Schillingfürstler Herren sich ebenio iergältig um das Verständnis meiner Zeilen, wie um die Reputation des Fürsten Eledwig bemüht hätten, so hätten sie sich die Erwiderungen sparen können. Die oben abgedruckte „Verichtigung“ bestätigt nur, was ich geschrieben habe, daß nämlich Schillingfürst „nicht bloß aus jüngerlichen Hütten besteht“: „Kleinere Hütten am Eingange des Fließens, dann einige größere Häuser, wohl den Bauern oder den städtischen Beamten gehörig, zwei Kirchen, zwei Pfarren, beide mit schönen Gärten, die einzigen Gärten, die von wirklichem Wohlstand zeugen; weiterhin (nach dem Schafhofe zu) nur noch ärmliche Hütten, noch jämmerlicher als die am Eingange“, so hätte ich die Certifikat geschickt. Ra. also! Vorchällig sagt die „Verichtigung“, daß „zur Zeit“ nur 6 Familien sich der Korbflechterei widmen; ich habe gar keine Zahl genannt, bin aber dankbar für diese statistische Angabe, die ich gefälligst durch folgende Zeilen aus dem Artikel der „A. A.“ zu ergänzen bitte: „Unter den zahlreichen Mauern, welche im Sommer 3 M. in Nürnberg 4,50 M. und darüber verdienen, giebt es einige, welche mehr iparen sollten oder für eine große Familie in dem verdienstarmen Winter wirklich schwer das nötige erwerben können. Unter ihnen giebt es solche, die im Winter betteln. Für sie ist von einem Verein eine Korbflechterkühle gegründet worden, um ihnen Winterverdienst zu verschaffen.“ Zur Zeit 6 Korbflechter — im Winter sind es „einige“ mehr — — ich denke, das genügt wieder!

Während sich die „Verichtigung“ vorhält um die Jazfrage herumdrückt, weiß der Artikelreiber in der „A. A.“ zu vermeiden, daß nur 2 von den Korbflechtern Jgel fangen und verzeihen. Das ist einfach nicht wahr. Es bleibt sogar dann unklar, wenn die auf den Gehn des Sanigelschiffes angewiesenen Proletariats die „A. A.“ mit einer Verichtigung versehen. Ich wiederhole, daß ein einziger Korbflechter im vergangenen Jahre vierhundert Jgel gefangen hat, die er zum größten Teil an andere abgab; Jgelschiff hat in Schillingfürst sogar einen gewissen Marktpreis.

Ich habe den Schillingfürstern anscheinend einen großen Schmerz angetan, weil ich a u g b l i c h die „Menschensfreundlichkeit“ des alten Fürsten angezweifelt habe. Ist mir gar nicht eingefallen! Ich habe mich gegen seine meine Ansicht nach mangelhafte Thätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete gewendet, mit der die bekannte fürstliche „Leutlichkeit“ so sehr wohl zu vereinigen ist. Wer die Aufgaben des Staatsmannes mit der Spendung von Almosen, dem Ueberlassen von ein paar Ader-Mied bereits erfüllt glaubt, der mag in Eledwig von Hohenlohe das Ideal eines Reichthümlers bestimmen; ich freilich vermag diese Bewunderung nicht zu teilen, nicht einmal, wenn ich den Katalog Hohenlohescher Wohlthätigkeit durchmustere, der nach der „A. A.“ folgende Punkte umfaßt: Ein Frauenverein erhält jährlich 200 Mark; Wöchnerinnen bekommen Wasche; jeche alte Leute werden in einem Rettungshause verpflegt; der Fürst zahlt dazu 350 Mark jährlich; zwei Jahre lang hat er außerdem 8 Maister Holz gespendet; bei Familienfeiern thut sich die fürstliche Wohlthätigkeit kund; beim Tode der Fürstin haben zirk 40 alte Frauen je 10 M. (= 400 M.) erhalten; 12 Arme beziehen eine jährliche Rente; dem Turnverein gab der Fürst 1000 M., für ein Armenhaus 2000 M., für Kinder von Gewerbetreibenden 2000 M.; in den Wäldern darf jevelozig gesammelt werden; seit 1848 zahlt der Fürst Gemeindefüllungen.

Das ist alles sehr schön von dem Reichthümler. Doch all diese Wohlthätigkeitswerke ändern nichts an den nicht erfüllten Thatsachen: 1. in dem Orte Schillingfürst, der „nicht bloß aus jüngerlichen Hütten“ besteht, lebt ein großer Teil der Bevölkerung in unwürdigen Wohnungsverhältnissen; 2. während ein Teil der Familienväter unter zeitweiliger Suspendierung der Familienverhältnisse im Sommer auswärtig arbeiten muß, plant sich ein anderer in der absolut sterilen Dauendurie der Korbflechterei zu Ruh und Frommen einiger Verleger; 3. auch die answärts Arbeitenden (Maurer) können zum Teil nicht genug verdienen, um während des Winters ihre Familie zu ernähren; 4. unsere Angaben über die besagten niedrigen Löhne der Outarbeiter und Flechter sind nicht bestritten worden; 5. wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Fürst Hohenlohe in Schillingfürst nicht Arbeitgeber ist; 6. die Ergänzung des Lebensunterhalts wird von den Schillingfürstler Arbeitern im Winter vielfach im Wetzel geischt; 7. als Fleischmagerung dient dem Proletariats dort vielfach der

Sauigel (zum Teil auch Nisseloffert = Hundfleisch); 8. ein Teil des Proletariats trägt selbst in seiner Sprache, dem sogenannten Feutich, die deutlichen Merkmale der zur Jagabandage anstehenden Verkommenheit; 9. diese Zustände herrschen am Stammsitz des Hohenloheschen Hauses; 10. irgend ein Einfluß der modernen Arbeiterbewegung hat sich in diesem Eckenwinkel bisher nicht geltend gemacht.

Dreihundertundfünfundsechzig Fenster, so viel wie das Jahr Tage, hat das Schloß des Fürsten Eledwig. Aus jedem Fenster können die Insassen die Blide auf das Eend eines verkommenen Proletariats schauen lassen, dem oft sogar der Besitz der ärmlichen Hütte nichts ist als eine Fessel, die ihn an die Scholle fettet. Welch ein Gegensatz zwischen dem Herrenszib dort oben und den Wohnstätten auf dem Schafhof! Aber diese Gegensätze sind wohl ein notwendiger Bestand der gutgewollten Ordnung, und nur Hegey und Nabelschürer mögen Anstoß daran nehmen: Ins Juchthaus mit ihnen, dann herrscht Wohlgefallen auf Erden! Viator.

Verfammlungen.

Berliner Gewerkschaftskommission. In der Delegierten-Verfammlng, die am Donnerstag in den „Kunsthallen“ stattfand, wurde die Debatte über den neuen Abstimmungsmodus fortgesetzt. Dazu sind noch folgende Anträge eingegangen:

Von den Lithographen und Steinbrüdern: Die Gewerkschaftskommission möge über alle Anträge zur Tagesordnung übergehen und das Bureau beauftragen, ihr im Herbst d. J. einen Etat für das nächste Jahr vorzulegen, in welchem die Einnahmen nach folgenden Gesichtspunkten einzulegen sind:

- 1. Alle Gewerkschaften werden pro Kopf ihrer Mitglieder zu den Beiträgen eingeschätzt, jedoch mit der Maßgabe, daß diejenigen Gewerkschaften, welche ein eigenes Bureau und besoldete Beamte haben, nur 2/3 dieses Satzes zu tragen haben.
2. Von allen durch das Gewerkschaftsbureau gehenden Geldern werden 5 Proz. für Unkosten in Abzug gebracht. Bezüglich der Beitragsleistung pro 1899 bleibt es bei den seiner Zeit vorgemommenen Festsetzungen.

Von den Sattlern: Ueber solche Fragen, die entweder sofort Kosten verursachen, (z. B. Anstellung von Beamten) oder voraussichtlich zu Ausgaben führen (Genehmigung von Streiks), muß auf Antrag von mindestens 10 Delegierten in der Weise abgestimmt werden, daß auf je 500 organisierte Arbeiter, die ein Delegierter vertritt, eine Stimme gerechnet wird. Voraussetzung dieses Abstimmungsmodus ist, daß auch die entstehenden laufenden Kosten von den Gewerkschaften je nach ihrer Größe aufgebracht werden. Bei der Abstimmung über solche Fragen, bei denen ein finanzielles Interesse nicht vorliegt, hat jeder Delegierte nur eine Stimme. In zweifelsachen Fällen entscheidet die Verfammlng der Delegierten mit einfachem Stimmrecht und einfacher Majorität, ob ein finanzielles Interesse vorliegt oder nicht. Die Honorar- und Gratifikationsbeurtragen: Beitragsleistung und Abstimmung proportional der Mitglieder.

Wie in der vorigen Verfammlng, so war auch diesmal die Diskussion über den vorliegenden Punkt eine äußerst lebhaft. Namentlich waren es Vertreter kleiner Gewerkschaften, die einer Neuregelung der Abstimmung entgegentraten. Sie fürchten, daß die von großen Gewerkschaften gestellten Anträge vorwiegend den Zweck haben sollen, die kleinen Gewerkschaften an die Wand zu drücken, respektive in die großen Verbände hineinzuzwingen. Man ließ auch durchblicken, daß die kleinen Gewerkschaften falls ihren Wünschen nicht Rechnung getragen werde, in anderer Weise als durch die Gewerkschaftskommission für eine Vertretung ihrer Interessen sorgen würden. Den Ansichten der Vertreter kleiner Gewerkschaften schloßen sich im wesentlichen auch die Vertreter einiger größerer lokaler Gewerkschaften an. Mit Entschiedenheit traten die Vertreter der großen centralorganisierten Gewerkschaften für Neuregelung des Abstimmungsmodus entsprechend der Mitgliederzahl und der zu leistenden Beiträge ein. Von dieser Seite wurde hervorgehoben, daß, wenn der bisherige Modus beibehalten werde, man sich nicht wundern dürfe, wenn die großen Gewerkschaften solche Anträge, bei denen sie überstimmt werden, nicht befolgen, wenn es sich dabei um finanzielle Opfer handelt. Ein von Döblin gestellter Antrag: Die Regelung des Abstimmungsmodus einer Kommission zu überweisen, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, ebenso die vorstehenden Anträge der Sattler und der Lithographen, sowie die in Nr. 145 des „Vorwärts“ (Verfammlngsbericht) mitgeteilten Anträge 1 und 2.

Angenommen, und zwar mit 33 gegen 21 Stimmen, wurde der Antrag 3, welcher von den lokalorganisierten Mauern, Zimmerern, Landeshüttenarbeitern, Stodarbeitern, Kürschnern, Hieselenigern und Möbelpolierern gestellt ist. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Die in der Resolution vom 7. Mai 1897 festgelegte Zusammenfassung bleibt bestehen und zwar so, daß bei Abstimmungen von jeder Gruppe bis zu 1500 Mitgliedern eine Stimme, bis zu 3000 Mitgliedern zwei Stimmen und über 3000 Mitglieder drei Stimmen abgegeben werden können.

In dieser Verfammlng fehlten die Delegierten der Bäcker (centr.), Draverei-Hilfsarbeiter, Barbieren, Fabrik- und Hilfsarbeiter (centr. und lok.), Grovernte und Eiseleure, Händler, Produzentenhändler, Kaffeevolen, Schriftgießer, Musiker, Wägenmacher, Möbelpolierer.

Charlottenburg. Im Saale der Sandbrunn-Bräuerei tagte am 5. Juli eine gut besuchte öffentliche Malerverfammlng, in welcher Kollege Flemming über die gegenwärtige Lage im Sangewerbe und die Aufperrung der dänischen Bauarbeiter in eingehender Weise referierte. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl Redner, die dänischen Bauarbeiter, speziell die Maler in jeder Hinsicht moralisch und pekuniär zu unterstützen, dann wird das Wollen des Unternehmerverbandes, die Organisationen der Arbeiter durch den Hunger zu vernichten, zu Standen werden. Die Diskussion, in der Jost, Rahlc, Heimann, Labude u. a. das Wort nahmen, bewegte sich im Rahmen des Referats und wurde sodann eine Resolution angenommen, welche besagt, daß zur Unterstützung der dänischen Kollegen 25 Pf. und 50 Pf. Marken vom Vertrauensmann herausgegeben werden sollen. Eine lebhaft debattierte zeitige noch die Verprechung über die am 3. Juli in der „Flora“ stattgehabte Innungsverfammlng, in welcher ein Schiffsenausichuß gewählt wurde. Von verschiedenen Rednern wurde mitgeteilt, daß zu dieser Verfammlng nicht alle Gesellen, welche zur Zeit bei Innungsmeistern beschäftigt waren, eingeladen worden sind, und lasse sich deswegen ein Protest gegen diese Wahl rechtfertigen. Eine nächste einzuberufende Verfammlng wird sich nochmals mit diesem Thema beschäftigen. In die Kontrollkommission für Bauten wurden Flemming und Lange delegiert. Bekannt gegeben wurde noch, daß am 12. Juli bei Leder, Bismarckstr. 74, die Mitgliederverfammlng des Verbandes stattfindet.

Electrotechnischer Gewerkschaftsverein Berlin und der Umgegend. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Zimmendorf, Sophienstr. 5: Sitzung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. Juli, vorm 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 20, Verfammlng: Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Fel. Jda Kitzmann: „Die gute alte Zeit.“ — Gäste willkommen.

Verein der Buchdrucker und Christliche für Bldorf, Brik. Sonntag, den 9. Juli, nachm. 1 Uhr: Vereinsverfammlng in den Victoria-Sälen, Hermannstraße (Neier Saal).

Der Verein zur Vorbereitung einer Konsumgenossenschaft für den S ü ß e n und S ä d w e r e n Berlin beruft am 11. Juli bei Bidel in der Spandauer eine größere Verfammlng ein, in der die Ziele des Vereins dargelegt werden sollen.

Noch einmal das Hohenlohesche Jdyll.

Blättern man in der Begründung und der Denkschrift zur nunmehr scheinbaren Juchthausvorlage, so liest man an zahllosen Stellen, daß eigentlich das ganze Eend der deutschen Arbeiter von den „Aufwieglern“, „Hoyern“, „Streikreisenden“ usw. herrühre. Ihrer ist ja auch in dem Gesetze mit besonderer Liebe gedacht worden. Wenn nun der Unterzeichner des Gesetzentwurfs mit seinem Inhalt einverstanden ist — und man sollte doch meinen, daß er es wäre — so wird er auch zugleich einem Schluß e contrario die Verichtigung nicht vermissen wollen, der dahin geht: dort müssen also die Verhältnisse der Proletariats vorbildlich günstig sein, wo sich jene schreckliche Kategorie von Leuten noch nicht vorfindet. Nun, eine solche Gegend ist das — Hohenlohesche. Dort weiß man

Anthracitwerke Gustav Schulze

G. m. b. H.

Berlin SO., Kottbuser Ufer 34, Telefon: IV, 9211. | Charlottenburg vis-a-vis Lützow, Telefon 1160.

offizieren ihre patentamtlich eingetragenen anerkannt besten Anthracite der Welt

Sunrise „Big Vein“. Gwaun-Cae-Gurwen „Big Vein“

in sorgfältigster Aufbereitung und Sortierung für alle Arten Regulier-Füll-Oefen zu folgenden billigen Ausnahme-Sommerpreisen:

Ia Sunrise Anthracit „Big Vein“ Mk. 1,75 bei Bezug
Ia Gwaun-Cae-Gurwen Anthracit „Big Vein“ Salon Mk. 1,90 von 30 Ctr.
nur für Cadé-Oefen passend: do. do. Cadé Mk. 1,60 und mehr,

Lieferbar bis 1. September cr. für die bis 31. Juli cr. eingehenden Bestellungen. — Preise einschliesslich Anfuhr und Abtrages, Boden oder Keller in Berlin oder Charlottenburg netto Cassa.

Nach Orten in der Umgebung Extrafuhrlohn je nach Entfernung.

Sämtliche andere Brennmaterialien in nur bester Qualität zu den billigsten Preisen.

Special-Preisverzeichnis gratis und franko.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidemeister en detail (21152)

Dresdenerstrasse 4, am Kottbuser Thor.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . . von Mk. 15 an
Rock-Anzüge 23
Radfahrer-Anzüge von Mk. 11 an
Jünglings-Anzüge . . . 12
Cashmere- und Lüsre-Jacketts von Mk. 2,50 an
Wash-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. 1,— an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung an u. billig angefertigt.

Streng reelle Bedienung.

Nur noch 3 Tage!

Schuhwaren-Haus P. Melnik Nachf.

54 Alexanderstr. 54 nahe Alexanderplatz und Prenzlauerstrasse

Um bis zum 10. d. Mts. mit den zurückgesetzten Schuhwaren zu räumen, habe ich die Preise noch weiter ermäßigt und vergüte Fahrgehd bis zu 20 Pf. bei Einkäufen von Mk. 4,— an.

Besonders preiswert!
Garantiert rein Mexiko,
pro Stüd 6 Pf., 100 Stüd 5,50 Mk.,
Wiederverkäufern Engros-Preise.
C. Pessori, SO., Mariannenstr. 11, Bad.

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl:
Strohlaternen, Lampen, Fächer,
Papiermützen usw.
Ansehls-Postkarten.
Händler und Vereine erhalten die
billigsten Engrospreise.
S. & G. Saulsohn, Berlin C.,
Kaiser Wilhelmstrasse 19 a.

Friedrichstr. 91/92. Ehrensüdigkeit Friedrichstr. 91/92.
Hutlager A. Rosenblum.
Mk. 3,15.
Ein Blick auf Schenker genügt, sich von der Leistungsfähigkeit obiger Firma zu überzeugen.
Hütalen in größten Städten Deutschlands.

Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankenwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle, Reise- u. Papierenkörbe, Blumenkörbe, Korbbaren jeder Art, Kinderbettstellen. Größtes Lager Berlins.
Auf Kinderwagen gest. Teilszahlung. A. W. Schulz, Brunnenstr. 95, vis-a-vis Humboldtthaus, 3 Min. v. Bahnh. Gesundbr. Fernspr. Amt III, 1787.
Musterb. grat. u. fr. Bitte auf Nr. 95 z. achten.

Fahrräder,

hochlegant, stabil, Garantie 2 Jahre, 125 Mart. in der Fabrik Oranienstrasse 33. II. (21352)

Rußbänmübel, ganze Wirtschaft, spottbillig Waldemarstr. 68, I. links.

Arbeiter-Berufskleidung

für jedes Gewerbe passend. Größtes Lager. Beste Qualitäten. Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu! jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

S. Ziehung d. 1. Klasse 201. Nat. Preuss. Lotterie.

Sortierung vom 7. Juli 1902. Hier die Gewinne über 50 Mark im betriebsfähigen Nennwert in Verantrieb beigefügt. (Güter Gewinne.)

11 55 141 345 466 600 4 11 26 704 79 884 1035 87	178 60 335 505 (100) 600 735 88 859 953 4710 872 900	8 3359 511 752 (100) 833 72 75 99 (150) 4396 663 874	5016 44 98 99 314 (100) 422 6183 858 687 745 832	7169 77 (500) 395 495 541 545 55 8079 207 85 908 789	853 00 375 84 98 853 545 559 (100) 631 48 904 78 922	10109 208 27 50 805 8 507 11169 257 843 431 32	5 525 761 12000 (150) 675 726 853 13774 451 547 85	80 14128 474 555 614 724 83 944 15031 214 44 821	859 10354 406 64 558 763 93 826 921 40 17708 13 998	14008 172 478 701 912 43 19213 543 71 609 64 89	727 51 588 931 73	20004 200 11 331 844 21057 77 197 772 840 22083	110 23 275 605 12 743 958 23157 (150) 79 875 438 736	64 24036 208 318 78 422 551 624 848 56 25008 349	502 75 20180 55 494 612 791 822 987 27019 165	603 87 604 12 735 28150 438 64 617 830 31 20937 898	30161 504 624 88 708 23 90 814 918 72 31134 474	782 32156 88 291 91 847 556 612 35 76 (100) 749 878	222 33027 31 71 34105 53 251 81 890 848 90 (150)	245 74 88 470 841 3015 221 345 554 621 727 854 90	912 37074 284 99 34055 278 808 28 29 401 536 87	895 (100) 945 30037 (200) 559 642 763 806 910	40304 (100) 15 434 70 519 690 907 41080 123	(15000) 96 263 530 728 43 956 42892 496 (100) 530	774 904 43024 29 144 307 455 556 700 972 78 44139	240 23 71 523 759 958 45223 (100) 81 265 459 573	40300 134 44 218 717 59 854 945 71 82 47022 106 400	25 09 98 577 815 979 44102 65 66 372 519 696 40197	201 45 (100) 691	50194 208 97 325 967 77 91 61183 345 499 616	785 841 904 10 52108 223 (100) 519 95 794 53044 155	94 201 39 57 483 (100) 625 733 54218 74 77 789 875 920	(100) 55167 297 728 (100) 923 35 36405 54 778 916 94	67381 134 60 236 329 46 411 93 509 89 783 (100) 80 935	68127 254 313 555 559 59018 467 675 708 991	60167 77 (150) 345 463 99 567 662 (100) 78 797 887	905 16 88 97 61247 426 90 92 502 706 90 827 46 94 927	62064 181 82 432 698 968 (100) 63117 29 229 310 770	74 64046 338 646 772 65081 95 615 819 66 997	66114 222 97 301 472 697 763 67028 105 290 356	42 80 310 887 64198 232 355 546 801 13 23 931	69096 357 617 877 929	70099 105 98 431 598 682 (3000) 897 71054 97	161 373 (900) 339 43 92 458 516 671 87 99 72506 70	(100) 638 (100) 791 918 73106 27 6527 783 918 74211	296 441 (200) 699 844 75002 47 6507 651 918 74211	76345 448 607 (100) 883 914 81 85 77129 227 371 89	452 648 807 78092 971 (100) 795 813	60058 495 514 791 913 81243 409 500 720 908 99	82011 726 913 91 80139 54 474 681 859 84461 62	807 14 (100) 940 85240 451 572 79 618 25 89 901	84011 11 584 (300) 601 761 945 87091 617 915 96	88218 34 55 61 784 80014 110 98 295 367 98 483 605	84 738 66 823 45 87 994	90967 386 436 623 760 86 91834 92069 242 400	782 (100) 93321 97 689 (100) 94462 608 58 25564	929 51 06398 786 919 97322 54 468 519 634 56 92002	32 148 408 67 68 (100) 628 782 854 92000 793 907	100143 82 229 315 432 64 70 568 87 639 741 891 861	(150) 101188 675 805 6 46 942 102094 92 141 867	476 544 622 711 999 103096 106 64 427 79 590 710 905	82011 726 913 91 80139 54 474 681 859 84461 62	101111 789 967 103157 317 651 786 959 100014 104	104 588 662 944 107855 274 301 667 728 629 103046	228 658 715 916 87 109113 306 437 588 636 905	110912 (100) 306 411 571 911 111627 131 235 325	452 541 110500 241 594 74 649 726 52 78 113317 508	698 746 582 969 96 114126 74 201 51 879 87 703 83
--	--	--	--	--	--	--	--	--	---	---	-------------------	---	--	--	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	--	---	--	------------------	--	---	--	--	--	---	--	---	---	--	--	---	-----------------------	--	--	---	---	--	-------------------------------------	--	--	---	---	--	-------------------------	--	---	--	--	--	---	--	--	--	---	---	---	--	---

3. Ziehung d. 1. Klasse 201. Nat. Preuss. Lotterie.

115180 (100) 583 567 629 795 893 64 900 8 110048 273	375 607 988 117002 93 603 72 738 943 118142 293 393	743 949 76 119098 181 576 476 623 765 77 (100) 896	120103 93 252 725 59 (100) 65 812 121073 77 280	515 739 142268 (100) 485 776 872 991 123050 171 439	528 039 882 124172 415 528 656 881 125074 121 270	317 414 513 600 1 15 739 801 18 908 65 (500) 69 126102	88 268 805 487 501 8 46 947 127141 58 380 430 549	737 811 128095 107 820 45 82 (150) 120451 517 802	17 904 91	130391 108 18 582 901 33 52 74 641 826 131058	498 608 760 132126 (100) 297 431 641 77 810 922 36	133115 91 349 (100) 86 664 966 134012 88 129 902	307 34 45 488 770 135218 44 732 806 48 130000 81	134 89 331 (100) 406 47 85 (100) 889 952 137490 715	76 940 138048 51 (100) 395 528 679 50 787 805 139010	60 810 56 90 621 881	140020 320 571 666 938 141137 429 549 7190225	142010 136 385 626 30 43 940 77 143034 (100) 132	59 251 439 516 (300) 49 601 45 728 819 56 935 88 144221	71 (150) 858 145311 802 (100) 140296 802 54 553 795	815 41 925 50 147001 67 189 290 425 32 73 864	149011 212 259 57 431 47 48 (100) 572 629 780 80 895	903 149088 109 829 (100) 519 819 874 741 43 (100) 812	150125 320 390 405 (100) 619 619 619 619 619 619 619	77 849 955 151141 312 69 91 789 827 43 59 885 150065	81 117 95 99 845 85 102 844 57 91 902 81 (100) 187003	845 399 154136 73 873 998 155069 149 326 67 512 656	845 399 154136 73 873 998 155069 149 326 67 512 656	704 865 957 156025 393 657 (500) 76 68 713 966	157002 85 123 388 414 87 889 918 78 158331 58 465	611 887 952 159098 258 74 828 400 502 666 796 948 79	160131 325 65 561 749 887 161113 412 584 894	162331 398 163217 485 85 618 678 800 37 89 947	164312 46 72 98 478 602 761 876 165063 126 91 245	343 459 94 1601 605 (100) 166014 350 526 687 167422	83 388 910 168375 91 402 46 552 611 991 169119	229 350 874	170029 114 (100) 34 43 49 353 457 647 74 908 17 68	171192 271 300 667 172339 873 63 453 89 572 746 871	173107 357 449 699 738 842 89 174127 58 831 83	175213 84 (100) 573 675 782 88 834 176026 351 97	483 547 641 72 745 96 177162 385 78 865 178041	305 7 497 602 743 73 900 (3000) 50 179123 64 644	715 877 (300)	180149 328 483 575 762 844 916 181028 182 389	845 184094 348 61 188159 831 184008 (100) 1118 328	65 418 73 99 845 85 102 844 57 91 902 81 (100) 187003	31 136 821 687 850 915 46 180507 939 90 187065	(100) 86 193 211 322 385 998 99 189220 406 82 649	664 722 75 180046 419 548 857 71 978	180095 100 218 318 87 450 604 70 84 827 55 88 975	191002 114 49 223 357 403 563 192479 632 722 823 75	193189 310 583 695 (100) 194117 205 15 496 568 614	923 195733 890 93 941 196074 199 234 460 592 616	768 197013 126 410 742 906 198655 62 199047 123	86 251 844 108 13 84 606 33 898 983	200290 372 540 89 790 (100) 201144 255 331 68	448 67 538 806 61 200088 154 220 25 740 843 (100) 83	989 203028 121 65 463 35508 64 617 984 204081 706	21 55 229 499 640 737 828 858 20555209 434 (100)	206034 226 308 512 837 207514 698 71 77 719 95 601	955 208294 207 670 795 845 977 209229 434 663	210054 187 86 894 212237 312 31 60 404 212389	(100) 227 630 708 836 213327 79 295 593 615 795 809 20 85 73	529 925 21132 37 93 35 70 73 516 91 829 965 71 91	215031 150 322 33 25 70 73 516 91 829 965 71 91	216032 208 404 901 217098 178 98 555 647 99 812 947	218238 281 450 78 719 807 970 219129 258 556 803 900	220102 213 60 82 500 815 (100) 74 221264 421 66	581 732 (180) 923 61 98 99 220027 120 69 231 857	944 95 223782 525 224050 382 415 758 225031 525	Berichtigung. In der Liste vom 4. Juli nachmittags ist 83314 statt 83340.	Die zweite Ziehung der 201. Klasse Lotterie findet statt am 11. und 14. August.
--	---	--	---	---	---	--	---	---	-----------	---	--	--	--	---	--	----------------------	---	--	---	---	---	--	---	--	--	---	---	---	--	---	--	--	--	---	---	--	-------------	--	---	--	--	--	--	---------------	---	--	---	--	---	--------------------------------------	---	---	--	--	---	-------------------------------------	---	--	---	--	--	---	---	--	---	---	---	--	---	--	---	--	--

Jedes 5 Pfennig.
Wort: Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Reichstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Dezilation (gut gehend), Witte der Stadt, ist sofort zu verkaufen. Näheres im Cigarrenladen Mariannenstr. 8. (11705)
Vieltotal mit sämtlichen Küchen- sachen zu verkaufen. Näheres Schöne- felderstr. 32, Gefirntankeller. (11715)
Küchenwaren, Handlung, Fisch- und Kolonialwaren, gutgehend, schöne Posterecken, Riese 1000, abrei- ßbar, intern Inventarwert ver- hältnislich. Engros Comp. Polzmarkt- str. 40. Sonntags 10-12. (11714)
Milchgeschäft, 60 Liter täglich, mit Kasse, billig verkauft. Zu er- fragen bei Reyerstr., Hüttdorf, Her- mannstr. 50, Cigarrenladen. (11710)
Fahrrad billig zu verkaufen. Eigenbr., Vorjüngstr. 17. (11713)
Fahrrad, neu, hoher Rahmbau, spottbillig zu verkaufen. Stöck- str. 54, Cigarrenladen. (11775)
Fahrräder, erstklassige Marken, 2 Jahre Garantie. Geliebte Räder, noch gut erhalten, billig. Teilzah- lungen gestattet. Landens und Ein- siger werden vertriehen. Karl Fischer, Reufelstr. 9. (512)
Fahrräder unter weitgehendster Garantie, bequemer Teilzahlung, Zubehörteile. Reparaturen. Rein Daben. S. Gombert, Gollnow- str. 14. (11717)
Damenrad und Halbrenner, über Modell, allerfeinstes deutsches Fabrikat, hochlegant, wunderbar leichtlaufend, auch ist sofort spottbillig verkaufen. Garantie noch 10 Monate. Lange- str. 34, I. links. (93/15)
Verkauf von Angerblättern 1/2 Liter 10 Pf., Geiger, Weißler, Kuchstr. 29, am Spittelmarkt, Theof. (11248)

Kinderwagen (Dreirad) verkauft
Köhl, Schleichstr. 14. (11615)
Kinderwagen, Beifahrer, Seiten,
Spezialgeschütz, Bazar Baby, Inven-
tarwert 100, Brunnenstr. 92,
Oranienstr. 70, Frankfurtstr. 115
(Kreuzstr.), Schauffelstr. 8,
Reinholdstr. 2, d. Charlotten-
burg, Wilmersdorferstr. 55. Auch
Teilzahlung 1 Mark wöchentlich. (409)
Strickmaschinen für Familien-
und Hausgebrauch, auch auf Teil-
zahlung. Gustav Brederer, Engel-
str. 20. (713)
Goldwaren billig, reell, Gollnow-
str. 33, partiere. (482)
Aquarium und Terrarium verkauft
Waldert, Wallfadenstr. 39. (11885)
Granatapfelsäcke Stüd 20,00,
Alexandropapageien 5,00 bis 6,00,
Kofakafu, Nigergasch, sprichst Jaso,
18,00, junge Schwarzbröckeln 1,25,
junge Fischehäder, junge Saare. Alles
getreibe Vogel. Vierant, Kastranen-
allee 34. (725)
Möbel und Holzwaren, auch
ganze Einrichtungen empfiehlt Franz
Zugauer, Brunnenstr. 152. (10794)
Beiten, Schlafbetten, Stoppbetten,
Portieren, Kleidungskäbe, Teppiche,
Tischdecken, Regulatoren, Diemontor-
uhren spottbillig Pfandläge Reander-
str. 6. (90/20)
Räumungs- und Verkauf Dammewitz-
str. 1, in Wäbe, Ericotagen, Böden,
Julets, Gardinen, Strohhäfen, spott-
billig. (9935)
Hörnensverkauf spottbillig, E-
lgerstr. 126 partiere. (12)
Möbel, bar und Teilzahlung,
billig, Frankfurter Allee 110, I. Gie-
derstr. 34. (11248)
Taschenuhren billig Gollnow-
str. 33 partiere. (458)

Gelegenheitskauf, rote Milch-
garmitur, Patent-Schlafkapsel, Weid-
kollette, Kuchensplid, Kuchel-Beifahrer
mit Federboden Anklamstr. 20,
Baden. (9278)
Stoppbetten kauft man direkt
von Anfertiger, Schmerzler, Blumen-
str. 13. (19675)
Wadebänne, heizbar, Nähmaschine,
gebraucht, Wiesenstr. 35, zum
Fahnenfeld. (11256)
Kingsmünste Damenbeiden mit
bildlicher Handtücher, Weissenher,
sonst tabellos, von 1,10 an. Eben-
falls Damenbeiden mit eleganten Stücken
von 1,20. Handtücher, Nähmaschine
Donig, Alexanderstr. 30, Berber-
haus, 1 Treppe. (282)
Cigaretten-Fabrik A. Tieg, Char-
lottenburg: Kaiser Friedrichstr. 37b,
Berlin: Jussalidenstr. 124. Ver-
rühmt Nummern 21. 5 Pfenniger,
27-23. 6 Pfenniger, 22. 7 Pfenniger. (1)

Kanarienhäue, Borstflügel, ver-
kauft Joachim, Brunnenstr. 37. (933)
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung, einjährige schriftliche Ga-
rantie. Verkauf an Private direkt
ab Fabrik. Tiefenbachstr. 33,
Imperial: Fahrradwerke. Sonntags
geöffnet. (559)
Vermischte Anzeigen.
Bereinszimmer, 30 und 40 Per-
sonen, Ernst Pier, Alte Jakob-
str. 119. (19642)
Tuchbänke kauft Broderick,
Oppelnerstr. 18. (438)
Woll- und Baumwoll-Abfälle jeder
Art kauft Broderick, Oppelnerstr. 18,
partiere. (343)
Gebrauchte Radogoni-Möbel kauft
Bazarus, Anklamstr. 20. (6265)

Bereinszimmer, 40 Personen
fassend, frei, Gustav Labewitz, Kon-
stantinplatzstr. 55, nahe Alte Jakob-
str. (19622)
Kind findet außerhalb gute Pflege.
Wäcker, Turmstr. 62. (11266)
Geflügeltechn. Abendkurs. Be-
ginn 11. Juli. Keine Vorkenntnisse.
Anmeldung umgehend, am Sonntag
bis 1 Uhr, Abgangsbillets, Stellen-
nachweis. Jackson, Alte Jakobstr. 24.
Leitungs-Marken und Kaufstuf-
Stempel liefert seit 20 Jahren für
tausende Kassen und Vereine Frau
Hofe, Hamburg, Große Drehbahn 45.
Stückweise Preislisten gratis. (1341)
Meyer, Brehm, Brodhaus und
alle anderen Bücher belehnt und
kauft Antiquariat Kochstr. 66,
Kant IV 895. (352)
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
3,50 Feuerversicherung Baugener-
str. 3. (93/1)
Klavierspieler verlangt B. Hansen,
Wagnerstr. 21. (129)
Küchenmacher verlangt Gerd,
Große Hamburgerstr. 20. (74/14)
Steinmetz verlangt Hepp, Urban-
str. 34. (11686)
Arbeiter und Kolonialhändler für
mein Trügerlager werden gesucht.
D. Tisch, Vorstr. 31. (11898)
Ich suche sofort zwei Innemauer
Stückelberstraße 5. (11909)
Zwei Kordmachersellen auf Grün
verlangt Karl Gröger, Weihenher,
Prenzlauer Chaussee 1. (11276)